FINANZSEITEN DER SPARKASSE BREMEN

GESCHÄFTSBERICHT 2007

Die Sparkasse **Bremen**
Finanzdienstleistung

DIE SPARKASSE BREMEN AG

GESCHÄFTSBERICHT 2007

RECHTSSTELLUNG / SITZ

Die Sparkasse Bremen AG ist eine gemeinwohlorientierte Freie Sparkasse in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Bremen. Sie ist eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Bremen unter der Nummer HRB 21770.

GESCHÄFTSBERICHT 2007

04 EDITORIAL
06 CORPORATE GOVERNANCE BERICHT
08 Entsprechenserklärung
09 ORGANE | FILIALBEIRÄTE | UNTERNEHMENSBEREICHE

11 LAGEBERICHT

25 JAHRESABSCHLUSS
26 Jahresbilanz
28 Gewinn-und-Verlust-Rechnung
29 Anhang

41 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS
42 BERICHT DES AUFSICHTSRATES

ZIEL ERREICHT – AUSBAU ZUR VERTRIEBSSPARKASSE WIRD 2008 ABGESCHLOSSEN

In einem äußerst intensiven und von großem Margendruck geprägten Wettbewerbsumfeld im Bankenmarkt, haben wir zielstrebig unseren eingeschlagenen Kurs zur kundenorientierten, wettbewerbsfähigen und damit gewinnbringenden Vertriebssparkasse weiterverfolgt. Dieser Erfolg spiegelt sich unter anderem in unserem Rekordzuwachs beim Provisionsergebnis wider. Mit der »Subprime-Krise« hatte die Sparkasse zwar nichts zu tun, deren Auswirkungen auf die Kapital- und Finanzmärkte waren aber sehr wohl spürbar. Zusammenfassend blicken wir bei widrigen Rahmenbedingungen auf eine vergleichsweise gute Geschäftsentwicklung in 2007 zurück.

STARKES WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND STEIGENDE BESCHÄFTIGUNGSZAHLEN, SO STELLT SICH DAS JAHR 2007 DAR.

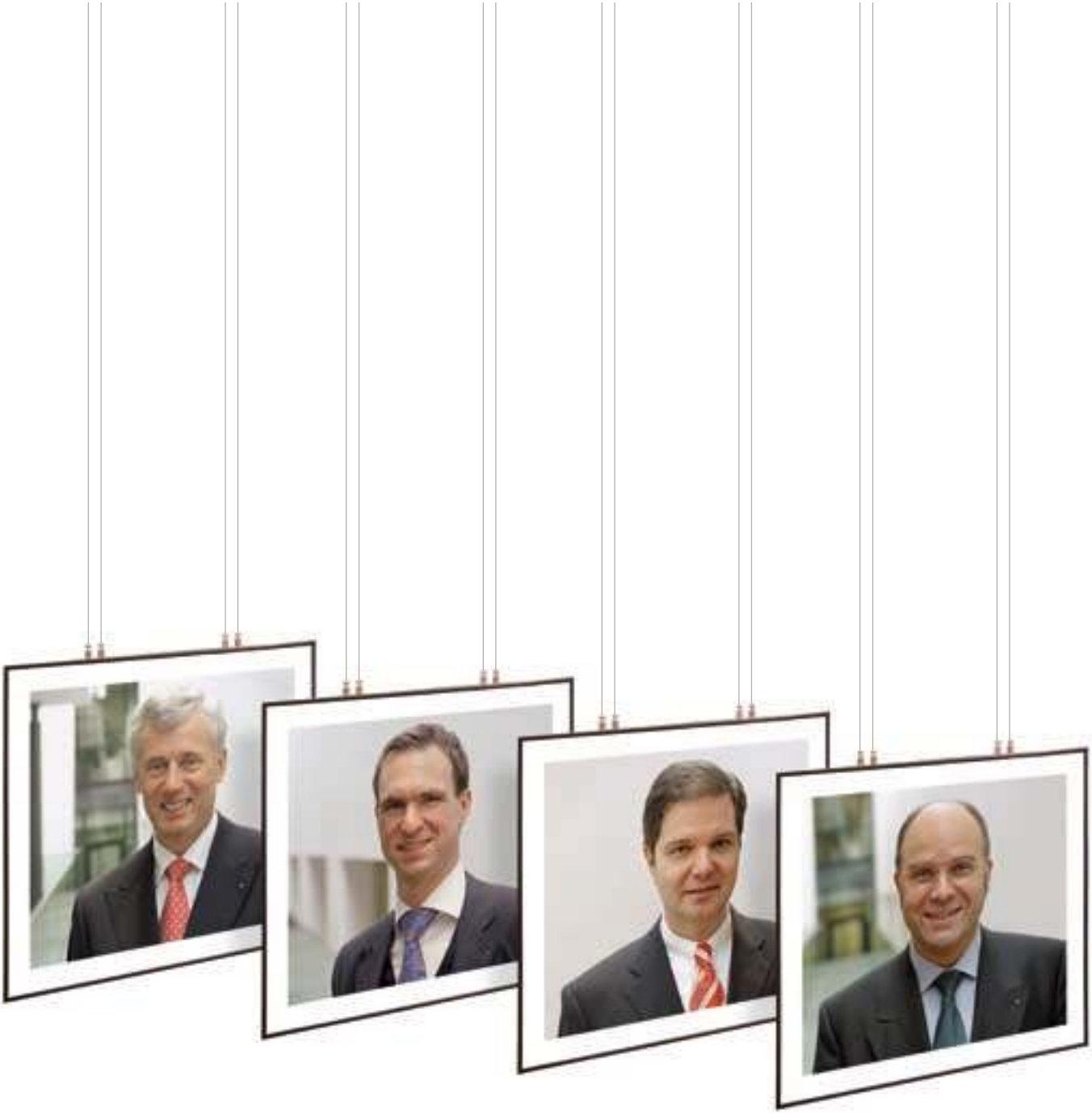
Eingebettet in einem anhaltenden Aufschwung der Weltwirtschaft, legte die deutsche Wirtschaft mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Bundesdurchschnitt um 2,5 % weiter kräftig zu. Damit setzte sich das Wachstumstempo aus dem Vorjahr (2,7 %) annähernd fort. Besonders im vergangenen Jahr war, dass der Aufschwung auch den Arbeitsmarkt erreichte und zu deutlichen Beschäftigungsgewinnen führte. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um 1,7 % oder fast 650.000. Damit waren fast 40 Millionen Personen in Deutschland erwerbstätig – so viele wie noch nie zuvor. Die Arbeitslosenquote sank von 10,8 % auf 9,0 %.

Die bremische Wirtschaft verzeichnete mit einem Wachstum von 2,0 % beim Bruttoinlandsprodukt eine mehr als solide Entwicklung. Dem Bundestrend folgend verbesserte sich auch in Bremen die Lage auf dem Arbeitsmarkt spürbar. Die Erwerbstätigenzahl stieg in 2007 im Jahresmittel um 1,7 % auf 388.680 Personen.

Von der positiven Weltkonjunktur mit Deutschland als Exportweltmeister profitierten insbesondere die bremischen Häfen. Der Gesamtumschlag erhöhte sich um 5,5 Millionen auf fast 70 Millionen Tonnen. Wachstumsträger sind weiterhin der Container- und Automobilumschlag in Bremerhaven. Der Transport- und Logistiksektor der bremischen Häfen umfasst mehr als 2000 Unternehmen mit über 86.000 Beschäftigten. Hinzu kommen weitere 88.000 Arbeitsplätze im Umland und im gesamten Bundesgebiet. Auch die Bremer Schifffahrtsbranche profitiert von der Dynamik der Weltmärkte. Bereits heute werden über 300 Schiffe von Bremen aus bereedert; in den folgenden drei Jahren wird sich diese Zahl um weitere 130 Schiffe erhöhen. Der Airport Bremen konnte nach einem schwachen Jahr 2006 durch die Ansiedlung der irischen Fluggesellschaft Ryanair sein Fluggastaufkommen um 30 % im Vergleich zum Vorjahr steigern und liegt mit diesem rasanten Wachstum an der Spitze der deutschen Flughäfen. Durch die Ausweitung des Streckennetzes rückt der Airport Bremen auch europaweit stärker in den Fokus. Weitere Stärken Bremens sind die hohen Wissenschaftsinvestitionen bei denen Bremen im Bundesländervergleich unangefochten an der Spitze liegt. Ebenso zeichnet sich Bremen durch die bundesweit höchste Gründungsintensität aus.

Trotz aller Erfolge muss Bremen weiter große Anstrengungen unternehmen, um im Bundesvergleich auch zukünftig konkurrenzfähig zu bleiben. Neben der Lösung der großen infrastrukturellen Herausforderungen – unter anderem die Schließung des Autobahnringes A281, der Ausbau des Bahnknotens Bremen sowie die Fahrwasservertiefung der Außenweser –, ist auch die weitere Verzahnung mit dem Bremer Umland erforderlich. Die hierzu vor einem Jahr gegründete Metropolregion Bremen-Oldenburg fungiert hier als wichtiger Impulsgeber, der sich zahlreicher Schwerpunktthemen angenommen hat.

Die Prognose für das laufende Jahr steht unverändert unter dem Einfluss der Subprime-Krise, ihrer Folgen und der drohenden Konjunkturabkühlung in den USA, die auch ihre Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft haben werden. Trotz dieser Risiken deuten alle Anzeichen daraufhin, dass sich die deutsche Wirtschaft von diesen Einflüssen mit einem Wachstum um die 2,0 % relativ unbeeindruckt zeigen wird. Die Hoffnungen ruhen hierbei auf dem Aufleben des privaten Konsums im Inland. Die Vorzeichen stehen gut, da keine neuerlichen fiskalischen Belastungen



anstehen und die hohe Zahl der Erwerbstätigen zum Konsum beitragen wird.

Die Sparkasse Bremen setzt in 2008 den Weg zur kundenorientierten Vertriebssparkasse mit dem Ziel, unsere Privat- und Firmenkunden in allen finanziellen Belangen noch persönlicher und noch intensiver zu beraten, weiter fort. Wir bleiben der zuverlässige und kompetente Partner der mittelständischen Unternehmen und Gewerbetreibenden sowie der Bürgerinnen und Bürger der Region.

Wir danken allen Kunden und Geschäftsfreunden sowie der Finanzholding der Sparkasse in Bremen und deren Mitgliedern für ihre Verbundenheit mit der Sparkasse Bremen und freuen uns auf eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Jürgen Oltmann | Dr. Tim Nesemann | Klaus Schöniger | Dr. Heiko Staroßom

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Corporate Governance steht für eine verantwortungsvolle und auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Führung und Kontrolle von Unternehmen. Sie umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich der Unternehmensorganisation, der geschäftspolitischen Grundsätze und Leitlinien sowie der internen und externen Mechanismen zur Kontrolle und Überwachung. Hierzu zählen insbesondere die effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Transparenz des Unternehmensgeschehens.

Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ist auch wichtiges Anliegen der Die Sparkasse Bremen AG. Sie unterstützt die Ziele des Deutschen Corporate Governance Kodex und hat diesen daher in ihrer Satzung verankert. Gemäß § 5 Abs. (2) ihrer Satzung sind ihre Organe gehalten, den Deutschen Corporate Governance Kodex zu beachten.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex, der in seiner aktuellen Fassung vom 14. Juni 2007 im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht wurde, enthält einerseits Regelungen, die sich auf die Beschreibung der geltenden Gesetzeslage beschränken, andererseits darüber hinaus Empfehlungen (»soll«) und Anregungen (»sollte«). Von diesen Empfehlungen und Anregungen kann nach dem Kodex abgewichen werden.

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG haben in der Aufsichtsratssitzung am 20. November 2007 eingehend über die aus der Neufassung resultierenden Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex beraten. Im Ergebnis wurde unter Berücksichtigung des Status quo beschlossen, sich seinen Empfehlungen anzuschließen und lediglich davon abzuweichen, sofern und soweit diese für Die Sparkasse Bremen AG strukturell nicht zutreffen, weil es sich bei ihr nicht um eine börsennotierte Aktiengesellschaft handelt bzw. sich sämtliche Aktien in der Hand einer einzigen Aktionärin befinden, der Finanzholding der Sparkasse in Bremen. Seine Anregungen sollen aufgrund der Aktionärsstruktur der Die Sparkasse Bremen AG sowie aus Vereinfachungsgründen bis auf weiteres nicht umgesetzt werden.

Die Abweichungen im Einzelnen werden von Vorstand und Aufsichtsrat in der gemeinsamen Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offen gelegt. Der Corporate Governance Bericht einschließlich Entsprechenserklärung wird als Bestandteil des Geschäftsberichtes der Die Sparkasse Bremen AG jährlich auf deren Internetwebsite »www.sparkasse-bremen.de« veröffentlicht und für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren zugänglich gehalten.

DER AUFSICHTSRAT ...

... überwacht die gesamte Geschäftsführung des Vorstandes. Der Vorstand hat dazu dem Aufsichtsrat laufend in dem von dem Gesetz, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegten Umfang zu berichten. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Die Aufgaben, Pflichten und Regularien des Aufsichtsrates sowie die Bildung und Zusammensetzung von Aufsichtsratsausschüssen sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates geregelt.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer. Im Berichtsjahr gehörten dem Aufsichtsrat als von der Aktionärin gewählte oder entsandte Mitglieder die Herren Gerhard Harder (Vorsitzender), Bremen, Holger U. Birkigt, Lilienthal, Joachim M. Clostermann, Bremen, Alexander Künzel, Bremen, Otto Lamotte, Bremen, und Klaus Ziegler (stellvertretender Vorsitzender), Bremen, an. Darüber hinaus gehörten die Herren Heiko Oerter, Bremen, Hans-Joachim Schur, Ritterhude, und Volker Stange, Bremen, dem Aufsichtsrat an, zunächst als vom Amtsgericht Bremen bestellte und seit dem 3. Mai 2007 als gewählte Arbeitnehmervertreter.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstandes an den Aufsichtsrat sind in der Geschäftsordnung für den Vor-

stand geregelt. Für eine darüber hinausgehende eigene Informationsordnung sieht der Aufsichtsrat derzeit unverändert keinen Bedarf. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat auf Grundlage der satzungsrechtlichen Bestimmungen einen Präsidialausschuss sowie einen Kreditausschuss gegründet. Über die konkrete Ausschussarbeit im Berichtsjahr informiert der »Bericht des Aufsichtsrates«. Der Aufsichtsrat trat 2007 zu sieben Sitzungen zusammen, um sich unter anderem über die aktuelle Geschäftsentwicklung zu informieren und um geschäftspolitische Themen zu diskutieren. Mittels Quartalsberichten wurde der Aufsichtsrat darüber hinaus zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember durch den Vorstand zeitnah und umfassend über die Erfolgs- und Risikoentwicklung informiert. Dieses modular aufgebaute standardisierte Berichtsformat bildet ein Extrakt aus den internen Controllinginstrumenten der Gesamtbanksteuerung ab.

Die Vergütung des Aufsichtsrates ist in der Satzung geregelt und wird durch die Hauptversammlung festgesetzt. Neben dem Ersatz ihrer nachgewiesenen Auslagen erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates eine angemessene jährliche Vergütung. Eine etwa anfallende Umsatzsteuer wird gesondert vergütet. Die Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 25. Mai 2005 angepasst. Jedes Mitglied erhält eine jährliche fixe Vergütung. Der Vorsitzende erhält das 3-fache, sein Stellvertreter und die Vorsitzenden der Ausschüsse das 1,5-fache dieses Vergütungsbetrages. Als erfolgsabhängige Komponente wurde für Verlustjahre eine Halbierung der jährlichen Vergütung vereinbart. Darüber hinaus wird je Aufsichtsrats- bzw. Ausschusssitzung ein angemessenes Sitzungsgeld gezahlt. Der Vorsitzende erhält das Doppelte dieses Betrages.

Auf die individualisierte Offenlegung der Vergütung der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates wird verzichtet. Die Gesamtbezüge aller Aufsichtsratsmitglieder sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2007 zu entnehmen. Die Zahlung erfolgt jeweils nach Ablauf des Berichtsjahres Anfang Januar des laufenden Geschäftsjahres.

In einer formularmäßigen Befragung werden die Mitglieder des Aufsichtsrates einmal jährlich über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt, die aufgrund einer Organfunktion oder Beratungsaufgabe in anderen bzw. für andere Unternehmen entstehen könnten. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

Nach der Ankündigung des amtierenden Vorstandsvorsitzenden Jürgen Oltmann, Anfang 2009 aus dem aktiven Berufsleben ausscheiden zu wollen, trat der Präsidialausschuss im Jahresverlauf 2007 in mehreren Sitzungen zusammen, um zeitnah über diese wichtige personelle Weichenstellung zu beraten. In seiner Sitzung am 7. Dezember 2007 berief der Aufsichtsrat einstimmig und mit sofortiger Wirkung Herrn Dr. Tim Nesemann zum stellvertretenden Vorsitzenden und ab 1. Februar 2009 zum Vorsitzenden des Vorstandes.

DER VORSTAND ...

... führt als kollegiales Gremium die Geschäfte der Die Sparkasse Bremen AG. Die Rechte und Pflichten der Vorstandsmitglieder ergeben sich aus dem Anstellungsvertrag, der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand und den einschlägigen Gesetzen. In der Geschäftsordnung für den Vorstand werden unter anderem die Zusammenarbeit, die Geschäftsverteilung und die allgemeinen Befugnisse des Vorstandes geregelt. Im Berichtsjahr bestand der Vorstand aus vier Mitgliedern, dem Vorsitzenden und drei weiteren Mitgliedern des Vorstandes bzw. ab dem 7. Dezember 2007 aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden sowie aus zwei weiteren Mitgliedern des Vorstandes.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates ist zuständig für die Personalangelegenheiten der Mitglieder des Vorstandes einschließlich der Vorbereitung von Entscheidungen für den Aufsichtsrat über deren Bestellung und deren Abberufung, den Abschluss und die Beendigung von Dienstverträgen, die Regelungen über die Altersvorsorgung und alle anderen Angelegenheiten, welche nach § 112 AktG in die Zuständigkeit des Aufsichtsrates fallen. Die Zustimmung zur Übernahme von

Mandaten der Mitglieder des Vorstandes obliegt ebenfalls dem Präsidialausschuss. In seiner Sitzung am 16. April 2007 hat der Präsidialausschuss über die Struktur des Vergütungssystems und etwaige Anreizsysteme mit Langzeitwirkung für den Vorstand beraten. Eine Anpassung der bestehenden Regelungen wurde im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Vorstandes setzen sich aus fixen und variablen Bestandteilen zusammen. Die variablen Vergütungsbestandteile werden dabei einerseits vom Unternehmenserfolg der Sparkasse im Allgemeinen und andererseits von der persönlichen Zielerreichung beeinflusst. Als Bemessungsgrundlage dienen die jeweils vereinbarten fixen Bezüge. Darüber hinausgehende variable Vergütungsinstrumente bzw. -programme, z. B. Aktienoptionspläne oder ähnliche Wertpapier orientierte Anreizsysteme, werden nicht angeboten.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 8. Dezember 2006 wird aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung der Die Sparkasse Bremen AG auf eine individualisierte Offenlegung der Gesamtvergütung nebst deren Bestandteilen für jedes Vorstandsmitglied verzichtet. Ein Vergütungsbericht als Bestandteil dieses Corporate Governance Berichtes wird daher nicht erstellt. Die Gesamtbezüge aller Mitglieder des Vorstandes sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2007 zu entnehmen.

Einmal jährlich werden die Mitglieder des Vorstandes in einer formularmäßigen Befragung über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG 2007

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG erklären entsprechend § 161 AktG:

1. Die Sparkasse Bremen AG hat den Empfehlungen der »Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex« in der Fassung vom 14. Juni 2007 mit folgenden Ausnahmen entsprochen:

a) Die vom Gesetz für die Hauptversammlung verlangten Berichte und Unterlagen einschließlich des Geschäftsberichts sowie die Tagesordnung der Hauptversammlung der Die Sparkasse Bremen AG werden aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht im Internet veröffentlicht (Kodex-Nr. 2.3.1).

b) Für eine Mitteilung der Einberufung der Hauptversammlung der Die Sparkasse Bremen AG und eine Übermittlung der Einberufungsunterlagen an in- und ausländische Finanzdienstleister, Aktionäre und Aktionärsvereinigungen besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 2.3.2).

c) Eine Erleichterung der persönlichen Wahrnehmung von Aktionärsrechten, eine Unterstützung der Aktionäre bei der Stimmrechtsvertretung und die Bestellung eines Vertreters für die weisungsgebundene Stimmrechtsausübung der Aktionäre der Die Sparkasse Bremen AG sind aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 2.3.3).

d) Auf die Bildung eines Nominierungsausschusses wird vom Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG aufgrund der Aktionärsstruktur verzichtet (Kodex-Nr. 5.3.3).

e) Angaben zur Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder der Die Sparkasse Bremen AG im Anhang des Jahresabschlusses erfolgen nicht individualisiert (Kodex-Nr. 5.4.7).

f) Die unverzügliche Veröffentlichung von Insiderinformationen durch den Vorstand, die Die Sparkasse Bremen AG betreffen, ist aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 6.1).

g) Für eine unverzügliche Information der Finanzholding der

Sparkasse in Bremen als einziger Aktionärin über sämtliche neuen Tatsachen, die Die Sparkasse Bremen AG Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten mitgeteilt hat, besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 6.3).

h) Die Sparkasse Bremen AG veröffentlicht keine Informationen aufgrund kapitalmarktrechtlicher Vorschriften im Ausland, die auch im Inland bekannt gemacht werden könnten (Kodex-Nr. 6.5).

i) Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit publiziert Die Sparkasse Bremen AG aufgrund ihrer Aktionärsstruktur keinen Finanzterminkalender über wesentliche wiederkehrende Veröffentlichungen (Kodex-Nr. 6.7).

j) Die Sparkasse Bremen AG stellt aufgrund Ausübung von Wahlrechten gemäß Handelsgesetzbuch keinen Konzernabschluss auf; die Aufstellung ihres Jahresabschlusses erfolgt unter Nutzung des vom Gesetzgeber eingeräumten Zeitrahmens noch nicht nach internationalen Rechnungslegungsstandards (Kodex-Nr. 7.1.1, 7.1.2 und 7.1.5).

2. Die Sparkasse Bremen AG wird den Empfehlungen der »Regierungskommission des Deutschen Corporate Governance Kodex« in der Fassung vom 14. Juni 2007 künftig mit den unter 1. a) – j) genannten Ausnahmen entsprechen.

Bremen, 15. April 2008

Der Aufsichtsrat
Gerhard Harder
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Der Vorstand
Jürgen Oltmann
Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Tim Nesemann
Stv. Vorsitzender des Vorstandes

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender
Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender
Geschäftsführender Gesellschafter der HASECO ZÖGER GmbH & Co. KG

Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt
Geschäftsführender Gesellschafter der BIRKIGT INT´L CONSULTING & Media GmbH

Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Alexander Künzel
Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Otto Lamotte
Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH

Heiko Oerter
Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Hans-Joachim Schur
Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Volker Stange
Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

VORSTAND

Jürgen Oltmann,
Vorsitzender des Vorstandes

Dr. rer. nat. Tim Nesemann,
stv. Vorsitzender des Vorstandes (ab 07.12.2007)

Klaus Schöniger

Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

BEIRÄTE

MARKTBEREICHSDIREKTION BREMEN-NORD

Hans-Otto Brauns
Kaufmann
Hans-Jürgen Busch
Inhaber der Firma Rudolf P. Kuschka
Technischer Großhandel
Lutz Diedrich
Hotelier i. R.
Monika Eichner
Rechtsanwältin und Notarin
Karl Hermann Fittschen
Rechtsanwalt und Notar
Karl-Peter Hoffmeyer
Vorsitzender des Vorstandes der
Nehlsen AG

Reiner Kammeyer
Referent Senatskanzlei Bremen
Klaus Dieter Kück
Ortsamtsleiter Burg-Lesum a. D.
Johann C. Mahlstedt
Landwirt
Bernd Meyer
Senator a. D., Verbandsdirektor des
Verbandes der Wohnungswirtschaft in
Niedersachsen und Bremen
Bernd-Claus Meyer
Geschäftsführender Gesellschafter der
PNEUTEX Gesellschaft für pneum.
Foliendachsysteme mbH

Wolfgang Patzelt
Geschäftsführer der
Bremer Theater der Freien Hansestadt
Bremen GmbH
Erik Petersen
Ortsamtsleiter Blumenthal
Karin Petry
Geschäftsführende Gesellschafterin der
Johanne Meineke Ww GmbH
Christian Stubbe
Mitinhaber der Beerdigungsinstitute
W. Bischoff & Kathmeyer

MARKTBEREICHSDIREKTION BREMEN-OST

Marco Bremermann
Geschäftsführender Gesellschafter der
Firmengruppe Müller & Bremermann
Ludwig Cords
Geschäftsführender Gesellschafter der
BHK Tief- und Rohrbau GmbH
Heinz Döhrmann
Landwirt

Marco R. Fuchs
Vorsitzender des Vorstandes der
OHB Technology AG
Ullrich Höft
Ortsamtsleiter Hemelingen
Frauke Riedemann-Schmitz
Inhaberin des Schuhhauses Riedemann
Ulrich Schlüter
Ortsamtsleiter Osterholz

Prof. Dr. Detlev K. Schrade
Diplom-Ökonom, Steuerberater
Rolf A. Weidelt
Geschäftsführender Gesellschafter der
A. Weidelt Systemtechnik
GmbH & Co. KG
Jens Wittrock
Kaufmann

Allen Beiratsmitgliedern danken wir für ihren Rat und ihre Einsatzbereitschaft, mit denen sie die Entwicklung der Sparkasse Bremen in ihren Stadtteilen gefördert und dazu beigetragen haben, die enge Verbindung der Sparkasse zur bremischen Bevölkerung und zur heimischen Wirtschaft zu pflegen.

UNTERNEHMENSBEREICHE

MARKTBEREICH

Marktbereichsdirektionen
Peter Schüttauf, Zentrum / Westen
Holger Böse, Schwachhausen / Horn
Thomas Schaumlöffel, Bremen-Süd
Ernst-Ludwig Neuenkirchen, Bremen-Nord
Holger Hintze, Bremen-Ost
Privates Finanzmanagement
Dipl.-Kfm. Thomas Fürst
Direktvertrieb
Dieter Wolfsdorf
Vertriebsmanagement
Horst Brüning (bis 31.01.2008)
Holm Dietz (ab 1.05.2008)

Firmenkunden
Dipl.-Vw. Wolfgang Jahn
Ralf Kubitz
Internationale Firmenkunden
Prof. Dr. iur. Christoph Graf von Bernstorff
Treasury
Jörg Lindenberg (bis 31.03.2008)
Werner Logemann (ab 1.04.2008)

SERVICEBEREICH

Facility Management
Dipl. Ing. Jürgen Salmon
Kreditmanagement
Rainer Büssenschütt
Organisation und Informationstechnologie
Bernhard Ruschke
Personal und Bildung
Rolf Merder
Revision
Dr. phil. Malte M. Mellmann
Unternehmensentwicklung
Kester Kleinert
Vorstandssekretariat
Thomas Rohwer-Kahlmann

DIE SPARKASSE BREMEN AG

LAGEBERICHT

RAHMENBEDINGUNGEN

KONJUNKTUR – ETWAS SCHWÄCHER, ABER IMMER NOCH GÜNSTIG

Das Wirtschaftswachstum fiel 2007 etwas hinter dem guten Vorjahreswert zurück. Gleichwohl bewertet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die Gesamtsituation immer noch günstig wie seit langem nicht.

Das Bruttoinlandsprodukt stieg bundesweit um 2,5 % (2006: 2,7 %). Triebfeder dafür waren wiederum der Export, daneben die Industrieproduktion und die anziehende Inlandsnachfrage. Dies wirkte sich in einer deutlich entspannteren Lage auf dem Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm um 1,7 % auf 39,7 Mio. Menschen zu. Umgekehrt erreichte die Zahl der Erwerbslosen mit knapp unter 3,4 Mio. (rd. 8,2 %) den niedrigsten Stand seit 15 Jahren.

Sorge bereiten die 2007 durch die US-amerikanische Hypothekenkrise ausgelösten weltweiten Finanzmarktturbulenzen. In ihrem Sog wurden die Geld- und Kapitalmärkte empfindlich gestört. Nur scheibchenweise melden die in diesem Kreditsegment engagierten internationalen und deutschen Finanzinstitute ihren offensichtlich immensen Bewertungsbedarf an.

Bremen schloss an die bundesweite wirtschaftliche Entwicklung an. Die Erwerbslosenquote sank auf 10,7 % – den ebenfalls niedrigsten Wert seit 1993. Wieder einmal mehr erwies sich vor allem die Hafen- und Logistikwirtschaft als Leistungsträger, insbesondere der Automobilumschlag.

Für 2008 sind die Aussichten etwas gedämpfter. Erwartet wird bundesweit ein Wachstum von noch um etwa 2 %. Ein Ende der Finanzmarktkrise ist nicht absehbar. Der private Konsum dürfte von einer weiter zunehmenden Beschäftigung profitieren, sofern es den Tarifparteien gelingt, zu maßvollen Lohn- und Gehaltsabschlüssen zu gelangen.

VERTRIEBSOFFENSIVE – FAIR. MENSCHLICH. NAH.

Der Markt für Finanzdienstleistungen ist einem ungebrochenen Wandel unterworfen. Neue Anbieter treten auf den Plan. Neue Produkte und Vertriebswege sind an der Tagesordnung. Die privaten Großbanken haben das Geschäft mit dem Privatkunden wiederentdeckt. Dies alles fordert uns heraus, uns umso klarer auf unsere eigenen Stärken zu konzentrieren und unsere Chancen selbstbewusst zu nutzen.

Unsere Antwort setzt dort an, wo wir am stärksten sind: der Nähe zum Kunden. Diese Nähe wollen wir mit unserer Vertriebsoffensive beleben und mit neuer Qualität versehen.

Die neue Vertriebsstruktur im Privatkunden- und Firmenkundengeschäft war dafür ein notwendiger und wichtiger Schritt. Kompetente Beratung und bedarfsgerechter Produktverkauf erfolgen – bei Verbleib der hohen Präsenz vor Ort – neben dem zentralen Private Banking und Firmenkundengeschäft in sieben Vermögensmanagement- und fünf Firmenkundencentern sowie 27 Marktbereichen mit 63 personengestützten Filialen, 27 SB-Filialen und zwei Sparkassen-Shops. Hinzugekommen ist der echte Multikanal- einschließlich Direktvertrieb über unsere seit Mai 2007 online geschaltete Internet-Vertriebsplattform und unser Telefonbanking. Prozessoptimierungen und -verlagerungen entlasten den Vertrieb von administrativen Aufgaben.

Dies alles hat zum Ziel, Raum zu schaffen – Raum für mehr Beratungszeit und -qualität und natürlich mehr Abschlüsse. Dabei begleiten wir sowohl unsere Führungskräfte als auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit umfangreichen Trainings und Coachings, um die gewonnenen Freiräume intensiv zu nutzen. Wir sind daher zuversichtlich, dass unsere Vertriebsoffensive – mit Kompetenz, Fairness und persönlicher Nähe bei wettbewerbsgerechten Preisen und guter Qualität – unsere Marktführerschaft in Bremen stärken und unter Beweis stellen wird – entsprechend dem Leitmotiv des Deutschen Sparkassentages 2007: FAIR. MENSCHLICH. NAH.

NRS NORDDEUTSCHE RETAIL-SERVICE AG – ERFOLGREICHES ERSTES VOLLES GESCHÄFTSJAHR

Konsequente Ausrichtung zur Vertriebssparkasse – das ist eine Seite der Medaille, Kräftebündelung von Marktfolge- und Serviceaufgaben die andere. Unser erfolgreiches Outsourcing von Leistungen des Zahlungsverkehrs, der Kreditnachbearbeitung, des Betriebes unserer IT-Infrastruktur und des Facility Managements auf Tochter-, Beteiligungs- und Fremdunternehmen bilden beredte Beispiele, jüngstes davon ist die NRS Norddeutsche Retail-Service AG. Der leistungsfähige Anbieter von Marktfolge- und Serviceaufgaben beschäftigt mittlerweile – mit seinen beiden Tochterunternehmen, der Kredit-Service-Center GmbH und der ZVS Zahlungsverkehrs- und Transaktionsservicegesellschaft mbH, der sich inzwischen 38 Sparkassen als Nutzer angeschlossen haben – in Bremen, Hamburg und Neumünster rund 1.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; für 2008 ist eine Dependance in Lübeck geplant. Die NRS Norddeutsche Retail-Service AG nutzte das Geschäftsjahr, um interne Prozesse weiter zu optimieren, aber vor allem weitere Mandanten zu gewinnen. Neben den Gründersparkassen in Bremen und Hamburg arbeiten seit 2007 die Sparkasse Südholstein, Neumünster, und die Sparkasse Harburg-Buxtehude mit ihr zusammen. Die Sparkasse Mittelholstein AG, Rendsburg, die Sparkassen Wedel und Hohenweststedt sowie die Sparkasse zu Lübeck folgen 2008. Mit weiteren Instituten ist die NRS Norddeutsche Retail-Service AG im Angebotsprozess – Erfolg spricht sich eben herum.

INTERNE PROJEKTE – INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

Nicht nur Vertriebsoffensive und Outsourcingaktivitäten, sondern auch unsere internen Projekte sind Investitionen in die Zukunft.

Um die Sparkasse Bremen auch künftig fit zu machen für die Herausforderungen des Wettbewerbes und die Anforderungen des Gesetzgebers, haben wir uns entschieden, unsere IT-Anwendungen auf die Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG zu übertragen. Der Umstellungstermin ist vorgesehen für Oktober 2008 – und die Zeichen stehen gut, dass wir das anspruchsvolle Ziel termingerecht erreichen.

Die Novellierung des Pfandbriefgesetzes mit dem Fall des Pfandbriefprivileges hatten wir zum Anlass genommen, unser Pfandbriefprojekt aufzulegen. Bis Herbst 2008 wollen wir die Pfandbrieffähigkeit der Sparkasse Bremen herstellen, um unsere Refinanzierungskosten künftig durch die Emission von Pfandbriefen dauerhaft zu entlasten.

Daneben dienen unsere internen Projekte der Erfüllung aufsichtsrechtlicher und gesetzgeberischer Anforderungen. Nach integrierter Umsetzung aller drei Säulen der neuen Eigenkapitalvorschriften gab die Sparkasse Bremen als eine der ersten Sparkassen bzw. als eines von wenigen Kreditinstituten plangemäß zum 30. Juni 2007 ihre erste Basel-II-konforme Meldung ab. Die praktische Umsetzung der europäischen Finanzmarkt-Richtlinie wurde erfolgreich und pünktlich am 31. Oktober 2007 abgeschlossen.

Insgesamt haben wir allein seit 2003 für 400 Projekte und Maßnahmen einschließlich der aktuell laufenden Projekte etwa 390 Personenjahre aufgewandt – eine beachtliche Leistung.

GESCHÄFTSVERLAUF

BILANZSUMME LEICHT ERHÖHT

Die Sparkasse Bremen hat sich in schwierigem Umfeld behauptet und blickt 2007 auf eine vergleichsweise gute Geschäftsentwicklung zurück. Die Bilanzsumme erhöhte sich leicht um 2,8 % auf 11,3 Mrd. €.

Auf der Aktivseite nahmen unsere Beteiligungen und vor allem die Forderungen an Kreditinstitute deutlich zu.

Die vom amerikanischen Hypothekengeschäft ausgelöste Finanzmarktkrise blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Geld- und Kapitalmarktentwicklung. Um möglichen Risiken daraus wirksam zu begegnen, bauten wir den Bestand unserer Wertpapiere durch Verkauf von Schuldverschreibungen und Spezialfondsanlagen signifikant ab.

Auf der Passivseite wuchsen die Kundeneinlagen beachtlich weiter, während wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erneut reduzierten.

KREDITGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS (IN MIO. €)	2007	2006	2005	2004	2003
Forderungen an Kunden	**7.770,1**	**7.727,3**	**7.829,3**	**7.881,7**	**7.657,5**
davon:					
Wechsel	**0,0**	**0,0**	**20,7**	**46,4**	**51,9**
Kurz-, mittel- und langfristige Kundenforderungen	**7.317,0**	**7.335,4**	**7.419,0**	**7.378,1**	**7.161,0**
davon:					
Erworbene Schuldscheine	151,7	262,8	262,4	257,2	6,2
Durchlaufende Kredite	**18,8**	**18,6**	**19,2**	**19,7**	**13,0**
Avale und Indossamentsverbindlichkeiten	**434,3**	**373,3**	**370,4**	**437,5**	**431,6**
Forderungen an Kreditinstitute	**1.955,5**	**1.127,2**	**998,5**	**939,8**	**545,3**

Die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich erworbener Schuldscheine, durchlaufender Kredite, Avale und Indossamentsverbindlichkeiten) lagen am 31. Dezember 2007 bei 7,8 Mrd. €.

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS MIT FIRMEN- UND PRIVATKUNDEN (IN MIO. €)	2007	2006	2005	2004	2003
Firmenkunden *	**4.634,2**	**4.477,9**	**4.447,5**	**4.364,0**	**4.350,1**
Privatkunden *	**2.699,7**	**2.773,7**	**2.918,7**	**2.978,9**	**2.987,7**

* auf Basis der aufsichtsrechtlichen Meldedaten

Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden nahm um 3,5 % auf 4,6 Mrd. € zu. Erneut resultiert dieser Anstieg aus der erfreulichen Entwicklung der Investitionskredite.

Die Kredite an Privatkunden nahmen um 2,7 % auf 2,7 Mrd. € ab. Wir konnten zwar unsere Neubewilligungen gegenüber dem Vorjahr um fast 125 Mio. € erhöhen, insgesamt aber war das Ergebnis infolge hoher Tilgungen leicht rückläufig. Dieser Rückgang entspricht einem Branchentrend, der in Vergleichsanalysen bestätigt wird.

Die deutliche Steigerung der Forderungen an Kreditinstitute resultiert aus der Wiederanlage der freigewordenen, liquiden Mittel aus unseren Wertpapierverkäufen.

EINLAGENGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES EINLAGENGESCHÄFTS (IN MIO. €)	2007	2006	2005	2004	2003
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbriefte Verbindlichkeiten	**7.335,9**	**6.965,4**	**6.736,0**	**6.482,8**	**6.183,7**
davon:					
Spareinlagen	3.674,2	3.798,4	3.824,8	3.644,8	3.375,2
Sparkassenbriefe	0,0	11,1	20,7	30,1	72,2
Schuldverschreibungen	441,6	436,9	509,7	649,4	701,6
Täglich fällige Einlagen	2.168,2	1.844,6	1.645,8	1.509,3	1.393,2
Befristete Einlagen	1.051,9	874,4	735,0	649,2	641,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**2.924,4**	**3.004,9**	**3.160,1**	**3.000,3**	**3.142,8**

Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich beachtlich um 5,3 % auf 7,3 Mrd. €. Zu diesem Anstieg trug im Wesentlichen die Zunahme der täglich fälligen Einlagen bei.

Durch die erfreuliche Entwicklung der Kundeneinlagen konnten wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 2,7 % auf 2,9 Mrd. € erneut reduzieren.

DIENSTLEISTUNGSGESCHÄFT

Das Provisionsergebnis zeigt, dass wir uns erneut unseren Kunden als kompetenter Dienstleister empfehlen konnten. Das hervorragende Ergebnis aus dem Vorjahr wurde um 3,3 Mio. € übertroffen und erreichte eine neue Rekordhöhe von 59,1 Mio. €.

Neben der erfreulichen Entwicklung des Wertpapiergeschäftes haben insbesondere die Bereiche Versicherungen und Bausparen zu diesem Erfolg beigetragen. Dies bestätigt das Vertrauen, das unsere Kunden in uns als Finanzdienstleister setzen.

ENTWICKLUNG DES WERTPAPIERDIENSTLEISTUNGSGESCHÄFTS (UMSÄTZE IN MIO. €)	2007	2006	2005	2004	2003
Aktien und Investmentzertifikate	**922,4**	**677,2**	**463,2**	**454,8**	**542,9**
Festverzinsliche Wertpapiere	**204,2**	**146,0**	**198,9**	**181,0**	**233,2**
Eigenemissionen	**162,4**	**208,5**	**206,8**	**226,9**	**303,7**

Trotz der Turbulenzen an den Finanz- und Kapitalmärkten verzeichneten wir bei den Aktien und Investmentzertifikaten einen Anstieg der Umsätze um 36,2 % sowie im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere um knapp 40,0 %. Der Absatz unserer Eigenemissionen ging hingegen deutlich zurück.

EIGENANLAGEN IN WERTPAPIEREN

Im Rahmen unserer Zinsbuchsteuerung haben wir uns 2007 entschlossen, der Entwicklung an den Kapitalmärkten Rechnung zu tragen, und haben zur Risikoabschirmung Kurswertverluste bei Rentenwerten realisiert. Darüber hinaus haben wir unter Inkaufnahme von Kurswertverlusten gegenüber 2006 den Bestand an Spezialfonds um rund 533 Mio. € reduziert und so insgesamt das Risiko der Eigenanlagen stark verringert, um mit möglichen ungünstigen Entwicklungen an den Geld- und Kapitalmärkten einhergehende weitere Abschreibungsrisiken bereits heute zu vermeiden.

BETEILIGUNGEN UND ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Unser Beteiligungs- und Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen nahm um 43,2 Mio. € auf 225,9 Mio. € zu.

Die Zunahme resultierte im Wesentlichen aus unserer Beteiligungsübernahme an der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG für den Mehrheitserwerb an der Landesbank Berlin Holding AG, Kapitalabrufen der Odewald & Compagnie GmbH & Co. Dritte Beteiligungsgesellschaft für Vermögensanlagen KG sowie der Beteiligung an dem Private Equity-Dachfonds Golding Mezzanine SICAV IV.

Der Mehrheitserwerb an der Landesbank Berlin Holding AG durch die S-Finanzgruppe mbH & Co. KG sichert – die Berliner Sparkasse ist Teil der Unternehmensgruppe – nicht nur den Markenerhalt »Sparkasse«, sondern eröffnet der Sparkassen-Finanzgruppe vielfältige strategische Optionen, zum Beispiel im Rahmen eines zentralisierten Vertriebes der sogenannten »Leuchtturmprodukte« (u. a. Baufinanzierung, Konsumentenkredit).

Der Zunahme standen einige Verringerungen gegenüber, insbesondere durch im Rahmen plangemäßer Exits erfolgte Kapitalrückführungen der Odewald & Compagnie GmbH & Co. Kommanditgesellschaft für Vermögensanlagen in Portfoliounternehmen, die Kapitalherabsetzung bei der Heptagon Capital Beteiligungsgesellschaft der Freien Sparkassen mbH & Co. KG und die beendete Liquidation der Park Hotel Bremen GmbH i. L., nachdem Hotelimmobilie und -grundstück 2002 mit der PBE Parkhotel Bremen Dr. Herbert Ebertz KG in eine Fondslösung überführt worden waren.

Die Veränderungen im Beteiligungsbereich erfolgten – bei Beachtung unserer Beteiligungsstrategie – sowohl unter strategischen als auch ertragsorientierten Gesichtspunkten. Mit unseren Tochterunternehmen bestehen zumeist Ergebnisabführungsverträge.

SACHINVESTITIONEN

Im Anstieg des Sachaufwands spiegeln sich auch im Jahr 2007 die Investitionen in unsere Zukunftsprojekte wider. Zum einen stellen wir mit der Neustrukturierung unseres Vertriebs auch in den Folgejahren sicher, dass sich unsere Erträge im Kundengeschäft weiter auf hohem Niveau bewegen, zum anderen planen wir die Verlagerung einiger IT-Bereiche auf die Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG, mit der wir langfristig unsere Kosten wirkungsvoll senken werden. Erste Kosteneinsparungseffekte erwarten wir bereits ab 2009.

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Zum 31. Dezember 2007 waren bei der Sparkasse Bremen 1.593 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, was umgerechnet auf Vollzeitkräfte 1.283 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entspricht. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt um 2,8 %. Die Zahl der Teilzeitkräfte und Aushilfen beträgt 408. Die Zahl der Auszubildenden wurde mit 88 gegenüber dem Vorjahr (82) erneut erhöht.

Auch 2007 stellten neue oder absehbare gesetzliche Regelungen hohe Anforderungen an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowohl bei der Beratung unserer Kunden als auch im Backoffice-Bereich. Unser Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot in Form von betriebsinternen und externen Seminaren stellt sicher, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Erwartungen erfüllen. Dies spiegelt sich in deren hohem Ausbildungsstand wider: Über 28 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über den Abschluss als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann, rund 44 % darüber hinaus über eine weitergehende Qualifikation als Sparkassen- / Bankfachwirt, Sparkassenbetriebswirt (grad.) oder Bankbetriebswirt; weitere 9,1 % haben erfolgreich eine Fachhochschule oder Universität besucht.

VERMÖGENSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSITIONEN (IN MIO. €)

	2007	2006	2005	2004	2003
Forderungen an Kreditinstitute	1.955,5	1.127,2	998,5	939,8	545,3
Forderungen an Kunden	7.317,0	7.335,4	7.419,0	7.378,1	7.161,0
Wertpapiere	1.343,0	1.862,6	1.871,3	1.378,0	1.917,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.924,4	3.004,9	3.160,1	3.000,3	3.142,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.894,3	6.528,4	6.226,3	5.833,3	5.482,1

Die Forderungen an Kunden bewegen sich nahezu auf Vorjahresniveau und tragen mit 65 % zur Bilanzsumme bei. Die Anlagen in Wertpapieren haben sich um insgesamt knapp 520 Mio. € oder 28 % reduziert. Maßgeblich dafür war – neben der Erhöhung des Bestandes an Geldmarktpapieren und Schuldverschreibungen – die im Rahmen der risikoorientierten Steuerung unseres Portfolios erfolgte Reduzierung der Spezialfonds um 533 Mio. €. Als Alternativanlage boten sich kurzfristige Bankengelder an, so dass die Forderungen an Kreditinstitute deutlich um 828,3 Mio. € auf knapp 2 Mrd. € stiegen. Damit stieg auch der Anteil der Forderungen an Kreditinstitute an der Bilanzsumme von 10 % auf rund 17 %; analog sank der Anteil der Wertpapiere von rund 17 % auf nunmehr 12 %. Im Passivbereich ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Die Eigenmittel der Sparkasse Bremen belaufen sich nach Gewinnverwendung auf 862,6 Mio. €. Das daraus abgeleitete Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva konnte auf 10,9 % erneut erfreulich gesteigert werden und bildet eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

Die Wertpapiere der Direktanlage im Anlagevermögen werden teilweise erstmals nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

FINANZLAGE

Ein wesentlicher Indikator für die kurzfristige Zahlungsbereitschaft ist der Grundsatz II, der die materielle Liquidität darstellt. Im Durchschnitt lag diese Liquiditätskennzahl deutlich oberhalb der erforderlichen gesetzlichen Mindestnorm.

Unser laufendes Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften betrug im Jahresdurchschnitt 119,6 Mio. €.

Die Summe aus Barreserve, den Geldanlagen bei Kreditinstituten und festverzinslichen Wertpapieren beträgt zum Bilanzstichtag 3,0 Mrd. €. Diese Mittel sowie unsere Liquiditätssteuerung stellen auch künftig die Zahlungsbereitschaft sicher.

ERTRAGSLAGE

ENTWICKLUNG DER ERFOLGSPOSITIONEN (IN MIO. €)

	2007	2006	2005	2004	2003
Zinsüberschuss [1]	208,3	221,0	239,2	241,3	248,4
Provisionsüberschuss	59,1	55,8	55,8	55,5	51,2
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	3,6	1,3	2,2	1,0	3,1
Personalaufwand	106,4	119,3	113,8	116,0	123,0
Sachaufwand [2]	105,7	95,1	79,0	82,8	89,5
Verwaltungsaufwand [2]	212,1	214,4	192,8	198,8	212,5
Bewertungsergebnis	-65,3	-66,1	-92,0	-100,0	-50,6
Gewinnabhängige Steuern	0,3	-1,2	6,8	-10,0	34,7
Jahresergebnis	10,5	15,1	13,7	18,2	10,4
Dividende	0,4	0,5	1,1	0,9	0,6
Rücklagenzuführung	10,1	14,6	12,6	17,3	9,8

[1] einschließlich laufender Erträge sowie Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen
[2] einschließlich Abschreibungen

Die Darstellung der Ertragslage erfolgt abweichend zu den Vorjahren auf Basis von handelsrechtlichen Zahlen. Bei unserer unterjährigen Planung und Steuerung berücksichtigen wir weiterhin die betriebswirtschaftliche Sicht. Beide Ansätze sind jederzeit ineinander überführbar. Während die betriebswirtschaftliche Sicht der Systematik des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, des Betriebsvergleiches und dem Erfahrungsaustausch der Großsparkassen entspricht, ermöglicht der von uns gewählte handelsrechtliche Ausweis auch eine Vergleichbarkeit mit Kreditinstituten des privatrechtlichen Sektors.

Unser Jahresergebnis war im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Das schwierige wirtschaftliche Umfeld führte zu Verschiebungen zwischen einzelnen Positionen.

Der Rückgang des Zinsüberschusses resultiert aus der aktuellen Zinssituation und entspricht auch in diesem Jahr dem allgemeinen Branchentrend. Er ging um 5,7 % bzw. 12,7 Mio. € auf 208,3 Mio. € zurück. Während die Zinserträge um 35,7 auf 552,2 Mio. € stiegen, verzeichneten wir bei dem Zinsaufwand (einschließlich des saldierten Zinsergebnisses aus Derivaten) einen Anstieg um 16,4 % bzw. 48,4 Mio. € auf 343,9 Mio. €. Hier wirkte sich insbesondere das gestiegene Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt belastend aus, welches stärker gestiegen ist als erwartet. Während wir für aufgenommene Mittel tendenziell eine kurze Zinsbindung eingehen und infolge gestiegener kurzfristiger Zinsen nunmehr einen höheren Zinssatz bezahlten, sind die ausgeliehenen Mittel größtenteils durch längere Festzinsvereinbarungen geprägt. Das Jahr 2007 war gekennzeichnet durch eine flache Zinsstrukturkurve. Teilweise konnten wir diesem branchenüblichen Trend beim Zinsüberschuss entgegen wirken, indem wir Zinsswaps aufgelöst und deren Erträge vereinnahmt haben. Diese Erträge stammen zu einem großen Teil aus Absicherungsswaps, so dass die Erträge daraus mit Kursverlusten im Wertpapierbereich korrespondieren.

Das Provisionsergebnis zeigt, dass wir uns erneut unseren Kunden als kompetenter Dienstleister empfehlen konnten. Das hervorragende Ergebnis aus dem Vorjahr konnte um 3,3 Mio. € übertroffen werden und hat eine neue Rekordhöhe von 59,1 Mio. € erreicht. Wir sehen hier – wie erwartet – bereits die positiven Auswirkungen unserer Projekte zur Vertriebsoffensive, in deren Rahmen wir die Vertriebsstruktur reorganisiert haben, so dass sich insbesondere die Provisionen aus dem Wertpapier- und dem Versicherungsgeschäft sehr positiv entwickelt haben.

Der Personalaufwand nahm gegenüber dem Vorjahr deutlich ab. Ursächlich hierfür sind deutlich niedrigere Zuführungen zu den Rückstellungen für die Alterssicherung auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens. Darüber hinaus führte das erste volle Geschäftsjahr nach dem Mitte 2006 erfolgten Betriebs- und Mitarbeiterübergang auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG zur Reduzierung des Personalaufwandes.

Dagegen erhöhte sich der Sachaufwand erneut deutlich um 11,1 % bzw. 10,6 Mio. € auf 105,7 Mio. € (Vorjahr: 95,1 Mio. €) – neben dem Betriebsübergang eine Auswirkung unserer zukunftsorientierten Projekte wie der bevorstehenden Auslagerung von IT-Anwendungen auf die Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG sowie unserer Vertriebsoffensive. Diese Effekte waren in dieser Form erwartet worden und sind letztlich deutlich geringer als geplant ausgefallen.

Die Cost-Income Ratio betrug im Berichtsjahr 73,8 % (Vorjahr: 73,3 %).

Die positive Entwicklung des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften resultiert überwiegend aus dem Devisenhandel mit Firmenkunden.

Das Bewertungsergebnis hat sich insgesamt aufgrund der erwarteten erfreulichen Entwicklung im Kreditbereich leicht verbessert. Die Bewertung unserer Wertpapierbestände in Höhe von 1,3 Mrd. € erforderte Abschreibungen in Höhe von gut 16 Mio. €. Die Entwicklung der Geld- und Kapitalmärkte infolge der Finanzmarktturbulenzen hat uns veranlasst, unter Inkaufnahme eines maßvollen Bewertungsbedarfs die Spezialfondsbestände erheblich abzubauen und damit indirekte Auswirkungen der US-amerikanischen Hypothekenkrise für die Zukunft zu vermeiden. Die aus der Entwicklung der Ertragslage abgeleitete Eigenkapitalrentabilität vor Steuern betrug 2,1 % (Vorjahr: 2,8 %).

Der Steueraufwand beträgt 0,3 Mio. €.

Der Jahresüberschuss ging gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Mio. € auf 10,5 Mio. € zurück. Davon sollen 0,4 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €) an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen ausgeschüttet sowie 10,1 Mio. € (Vorjahr: 14,6 Mio. €) zur weiteren Substanzstärkung den Gewinnrücklagen zugeführt werden.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2007 haben sich keine wesentlichen Vorgänge ereignet.

RISIKOBERICHT

Der Erfolg bankbetrieblicher Tätigkeit steht in einem engen Spannungsverhältnis zu den eingegangenen Risiken. Die bewusste Übernahme von Risiken wirkt sich daher unmittelbar auf den Erfolg aus und ist eine Voraussetzung zur Erzielung einer angemessenen Rendite.

Die Risikoübernahme und -steuerung erfolgt dabei grundsätzlich unter der risikostrategischen Beachtung zweier Aspekte: Es müssen zunächst entsprechendes Deckungskapital vorhanden und weiterhin ein angemessener Ertrag zu erwarten sein.

Bei den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die aktive Risiko- und Portfoliosteuerung in der Kreditwirtschaft das zentrale Element, um den Erfolg und das nachhaltige Bestehen des Unternehmens zu sichern.

GESAMTBANKSTEUERUNG

Die Sparkasse Bremen verfügt über ein institutionalisiertes Verfahren zur strategischen und operativen Planung, an denen die maßgeblichen Organisationseinheiten der Sparkasse beteiligt sind. Die Verantwortung für die Koordination aller Planungsaktivitäten liegt in der Einheit Unternehmensentwicklung. Die strategische Planung wird in jährlichen Intervallen überprüft und vom Vorstand beschlossen. Durch monatliche Soll-Ist-Vergleiche im Gesamtbanksteuerungsausschuss werden Planabweichungen in der operativen Planung rechtzeitig identifiziert und mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Darüber hinaus bereitet der Gesamtbanksteuerungsausschuss die Entscheidungen für grundsätzliche Vorgaben wie Strategie, Risikodeckungsmasse und Risikolimite vor. Grundlage für den Gesamtbanksteuerungsausschuss, in dem der Vorstandsvorsitzende vertreten ist, sind dabei die Ergebnisse aus dem Treasury-Ausschuss und dem Ausschuss Kreditrisiko, die ebenfalls mit den jeweils zuständigen Vorstandsmitgliedern besetzt sind.

Das integrierte Risikomanagementsystem regelt den aufbau- und ablauforganisatorischen Rahmen zur Steuerung und Überwachung von Risiken und ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung, in die auch die ausgelagerten Bereiche einbezogen sind. Die Steuerung der auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG ausgegliederten Einheiten und Funktionen erfolgt auf Basis eines detaillierten Leistungsmanagements innerhalb der Referate Controlling sowie Konzernrechnungswesen/Steuern.

Verantwortet werden die Risikoprozesse in der Sparkasse Bremen durch das Referat Controlling und die Einheit Kreditmanagement. Ihnen obliegen die Methodenverantwortung für alle risikorelevanten Themen und die Risikoüberwachung, wobei die Methodenentwicklung und Reporterstellung nach Abstimmung und Vorgabe der Sparkasse Bremen durch das Risikocontrolling in der NRS Norddeutsche Retail-Service AG erfolgt.

Die grundsätzliche Zielsetzung unseres Risikomanagementsystems ist die jederzeitige Sicherstellung der Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken. Das Konzept zur regelmäßigen Überwachung von Deckungsmasse und Risikoengagement stellt auf Basis eines ökonomischen und eines GuV-orientierten Steuerungskreises sicher, dass die jederzeitige Risikotragfähigkeit

gewährleistet ist. Hierbei werden betriebswirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt und externe Anforderungen an die Risikotragfähigkeit als Nebenbedingung berücksichtigt. Das Limitsystem ist am ökonomischen Risikodeckungspotenzial ausgerichtet. Dazu wird das über alle Risikoarten ermittelte Gesamtrisiko regelmäßig dem zur Verfügung stehenden wertorientierten und bilanziellen Kapital unter Berücksichtigung der hebbaren stillen Reserven gegenübergestellt.

Die Umsetzung der neuen Eigenkapitalanforderungen (Basel II) und der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wurde mit der ersten Meldung per 30. Juni 2007 planmäßig abgeschlossen.

Mit dem Anspruch einer optimalen Steuerung der Rentabilität, des Risikos und der Liquidität verfolgt die Sparkasse die permanente Weiterentwicklung und Optimierung ihrer steuerungsrelevanten Instrumente.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Bei allen Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können, wird ein wirksames Risikomanagement und -controlling eingesetzt, welches nach Bedarf, insbesondere auch vor dem Hintergrund der aktuellen Geld- und Kapitalmarktentwicklungen durch Einzelanalysen ausgewählter Engagements, Portfolien und Positionen ergänzt wird. Risiken der künftigen Entwicklung, die bestandsgefährdend sein könnten, werden durch ein umfassendes Risikofrüherkennungssystem überwacht, durch regelmäßige Analysen von Stresstests begleitet und sind auch nach der durchgeführten Risikoinventur und Risikolandkarte nicht erkennbar. Die Risikotragfähigkeit ist ausreichend und war im Jahr 2007 zu jeder Zeit gegeben.

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der gewichteten risikotragenden Aktiva und der Risiken aus Marktrisikopositionen (alt: Grundsatz I) überschritt per 31. Dezember 2007 mit einer Gesamtkennziffer von 10,9 % deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %.

Solvabilitätskoeffizient (= Grundsatz I)	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
Gesamtkennziffer	10,9 %	10,4 %	9,5 %

Im Folgenden werden weitere Informationen zum Risikomanagement und -controllingsystem sowie zur Risikolage für die einzelnen Risikoarten dargestellt.

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Unter dem Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung für einen Kredit oder ein Finanzinstrument aufgrund eines Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners und das damit verbundene Risiko, dass überlassenes Kapital nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird.

Zur Quantifizierung des ökonomischen Kreditrisikos auf Portfolioebene werden die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Methoden und Verfahren eingesetzt, die eine integrierte Betrachtung des Adressenausfallrisikos in der gesamten Sparkasse ermöglichen. Das in diesem Zusammenhang eingesetzte VaR-Verfahren auf Basis von CreditPortfolioView ermöglicht für die Betrachtung der Ausfallrisiken auf Gesamtbankebene eine portfolioorientierte Berechnung mit einer entsprechenden Ermittlung der Auslastung der Risikodeckungsmassen. Dadurch ist für die Berechnung des Adressenausfallrisikos ein zu den Marktpreisrisiken von der Methodik her passender Messansatz gegeben.

Zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung und langfristigen Existenzsicherung der Sparkasse erfolgt die Steuerung des Kreditgeschäfts unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten in der Einheit Kreditmanagement und im Ausschuss »Kreditrisikosteuerung« .

Als wesentliche Instrumente zur Bonitätsbeurteilung im Kreditgeschäft wendet die Sparkasse bereits seit vielen Jahren für Firmen- und Privatkunden unterschiedliche interne Ratingverfahren an, um eine angemessene Einschätzung des Risikos zu gewährleisten. Dabei werden differenzierte Verfahren der Sparkassenorganisation eingesetzt, die für jeden Kunden die individuelle Bonität bestimmen. Im Rahmen der Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden 2007 das DSGV-ImmobiliengeschäftsRating und das DSGV-Kleinstkunden Rating implementiert, um eine zielführende Unterstützung der Bonitätsbeurteilung und Preisgestaltung zu gewährleisten. Die Einführung weiterer Ratingverfahren für spezielle Kundensegmente ist eingeleitet.

Die Entscheidungsbefugnisse bei der einzelgeschäftlichen Kreditbewilligung sind nach Kreditvolumen und Risikogehalt abgestuft. Ab festgelegten Kriterien ist die zusätzliche Risikobeurteilung durch ein vom Markt unabhängiges Votum obliga-

torisch. Über die Hereinnahme bedeutender Risiken beschließt der Kreditausschuss der Sparkasse.

Kein Kreditwachstum um jeden Preis – die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich erworbener Schuldscheine, durchlaufender Kredite, Avale und Indossamentsverbindlichkeiten) haben sich 2007 auf 7,8 Mrd. € stabilisiert.

Die Risikovorsorge hat sich vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmendaten und aufgrund einer vorsichtigen Kreditvergabe- und Sicherheitenpolitik der letzten Jahre deutlich reduziert. Für 2008 wird eine weitere Entlastung erwartet.

Für die Begleitung gefährdeter Kreditengagements und deren Intensivbetreuung in finanziellen Restrukturierungsprozessen setzen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit besonderem Know-how in einer vom Marktbereich unabhängigen Einheit ein.

Bestehende Prozesse und Methoden zur Kreditrisikosteuerung wurden 2007 im Hinblick auf die aufsichtrechtlichen Vorgaben nach Basel II und MaRisk überarbeitet, um bereits heute die Grundlage für die zukünftige Implementierung anspruchsvollerer Verfahren (IRB-Ansatz) zu legen. Hierzu zählen die Implementierung der weiteren Ratingverfahren sowie ergänzende Methoden zur Steuerung des Kreditgeschäfts.

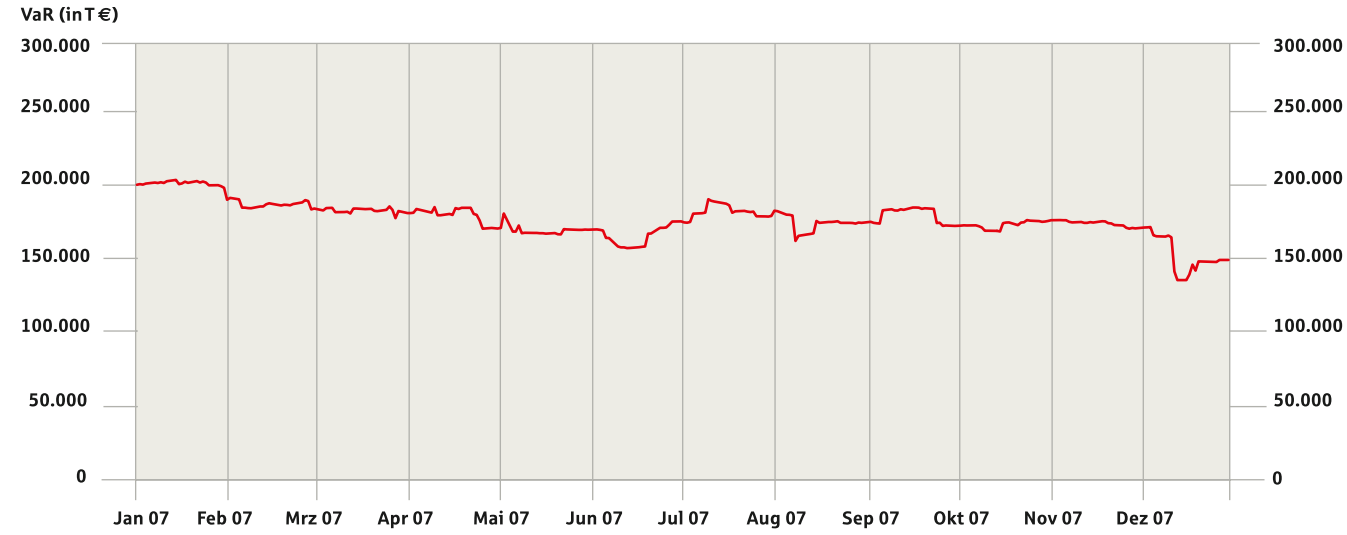
Die Beteiligungsrisiken als besondere Ausprägung des Adressenausfallrisikos werden mit Hilfe eines eigenständigen, turnusmäßigen Beteiligungscontrollings und -berichtswesens gesteuert.

MARKTPREISRISIKO

Unter Marktpreisrisiken verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung von Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Marktparameter wie Zinsen, Aktienkurse und Fremdwährungen.

Für die Marktpreisrisiken der Sparkasse wurden vorstandsseitig Risikolimite festgelegt. Deren Einhaltung wird börsentäglich vom Risikocontrolling überwacht. Die zukünftigen potenziellen Verluste werden durch ein Risikolimit begrenzt, bei dem das Gesamtrisiko der marktpreisrisikobehafteten Positionen nach dem Value-at-Risk-Konzept (VaR) gemessen wird. Der VaR (Konfidenzniveau 99,9 %, Haltedauer 250 Tage) sämtlicher Marktpreisrisikopositionen lag im Durchschnitt des Jahres 2007 bei 178,0 Mio. €.

ENTWICKLUNG DES VALUE AT RISK (VaR) SÄMTLICHER MARKTPREISRISIKOPOSTIONEN



Zur Überprüfung des VaR-Risikomodells wird für den Handelsbestand täglich ein Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass das verwendete Risikomodell die tatsächliche Wertveränderung abdeckt. Anpassungen waren nicht erforderlich.

Darüber hinaus werden im regelmäßigen Turnus mit Hilfe von Worst Case-Szenarien extreme Marktbewegungen des Handelsbereichs simuliert.

Aufgrund seiner Bedeutung wird das Zinsbuch der Sparkasse Bremen gesondert gesteuert und überwacht. Dies erfolgt institutionalisiert durch den Gesamtbanksteuerungsausschuss und den Treasury-Ausschuss unter vorbereitender Unterstützung durch das Treasury und das Risikocontrolling. Der Treasury-Ausschuss beschließt unter anderem über die Zinsmeinung der Sparkasse sowie über Maßnahmen zur Steuerung der Marktpreisrisiken innerhalb der Limite. Die eingesetzte Software versetzt uns in die Lage, die barwertigen und GuV-bezogenen Zinsrisiken effizient zu quantifizieren und die Auswirkungen von Maßnahmen zu simulieren.

Bei der Zinsbuchsteuerung verfolgen wir eine semiaktive Strategie. Sie orientiert sich an einer Benchmark (REX-P) und lässt innerhalb eines Zielkorridors von 80 – 120 % des festgelegten Ziel-VaR eine aktive barwertige Zinsbuchsteuerung durch den Treasury-Ausschuss zu.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Unter dem Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr, dass fällige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht in dem gewünschten Umfang erfüllt werden können.

Diese Risiken werden von der Sparkasse Bremen sowohl im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung als auch durch die Einhaltung der Liquiditätskennzahl nach der Liquiditätsverordnung gesteuert.

Zur Verbesserung der Transparenz des kurzfristigen Liquiditätsrisikos und der aktuellen Liquiditätssituation der Sparkasse wird darüber hinaus monatlich ein Liquidity-at-Risk berechnet und die Diversifikation der Kapitalstruktur analysiert.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden, soweit sie für die Beurteilung der Lage oder der künftigen Entwicklung von Belang sein können, bei den jeweiligen Risikoarten implizit mit behandelt. So sind etwa zinsbezogene Zahlungsstromschwankungen bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten in der Zinsbuchsteuerung berücksichtigt, während schwankende Zahlungsströme durch Kundendispositionen im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätssteuerung durch das Treasury gesteuert werden. Darüber hinaus werden regelmäßig die Auswirkungen von Ratingmigrationen im Allgemeinen und Liquiditätsengpässen auf die Handelsgeschäfte im Besonderen simuliert.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag im Jahr 2007 im Durchschnitt beim Doppelten der erforderlichen Mindestnorm.

Liquiditätsverordnung (= Grundsatz II)	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
Liquiditätskennziffer	1,75	2,05	1,96

OPERATIONELLES RISIKO

Als operationelle Risiken bezeichnen wir die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Die Sparkasse Bremen nutzt für das Management operationeller Risiken Konzepte und Software, die beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband unter Beteiligung vieler Sparkassen entwickelt wurden. Neben den allgemeinen Grundlagen sind dies eine Schadenfalldatenbank sowie die Methoden der jährlichen Risikoinventur und der Risikolandkarte, die alle zwei Jahre durchgeführt wird. Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgen sowohl in der Risikoinventur als auch in der Risikolandkarte anhand strukturiert aufbereiteter Szenarien. Die Risikoinventur für operationelle Risiken gliedert sich in einen qualitativen und einen quantitativen Teil (Verlustpotenzialschätzung).

Die Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung eingetretener Verluste aus operationellen Risiken und darauf aufbauender Maßnahmen. Die tatsächlichen Verluste aus operationellen Risiken lagen im Jahr 2007, wie schon in den Vorjahren, deutlich unter dem zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit reservierten Betrag.

Zur Beurteilung des operationellen Risikos wurde 2007 im Rahmen einer fokussierten Risikolandkarte eine Analyse primär IT-bedingter Szenarien vorgenommen, um mögliche Risiken aus der beabsichtigten Migration des Rechenzentrums zu bewerten.

Die Bewertung und Steuerung der über alle Methoden ermittelten Ergebnisse liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Unter Berücksichtigung von Kosten- und Effizienzaspekten entscheiden sie über den Einsatz von Begrenzungs- und Verbesserungsmaßnahmen. Sollte es im Rahmen einer Steuerungsentscheidung zur Einleitung einer Maßnahme kommen, so wird diese (bei entsprechender Bedeutung) in den Planungsprozess der Sparkasse integriert.

Rechtsrisiken als Teil der operationellen Risiken werden durch eine sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher und juristisch geprüfter Standardverträge reduziert.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen stellen Informationen und sichere Prozesse zentrale Ressourcen für den Geschäftserfolg dar. Wir bedienen uns in großem Umfang der technischen Möglichkeiten der Informationsverarbeitung, um einen hohen Wirkungsgrad für unsere Geschäftsprozesse sicher zu stellen. Ziel der Notfall- und Sicherheitsarchitektur ist es daher, die Sparkasse und ihre Kunden durch eine Kombination von organisatorischen, personellen, technischen und baulichen Maßnahmen in Bezug auf alle relevanten Risiken umfassend zu schützen, um die Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit der Informationen und Prozesse sicher zu stellen und das Ausmaß möglicher Schäden zu begrenzen.

Die durchgeführten Notfalltests, die vorhandenen Notfallhandbücher und Sicherheitsleitlinien dokumentieren diesen Anspruch und geben die Anforderungen an das Sicherheitsmanagement der Sparkasse Bremen, ihrer Tochterunternehmen und externer Leistungserbringer vor.

PROGNOSEBERICHT

Im Folgenden berichten wir über die voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse Bremen im laufenden und folgenden Geschäftsjahr. Unsere Prognose beruht auf unseren aktuellen Erwartungen und heutigen Annahmen, die sich auf die allgemein erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung, unsere operative Planung, unsere mittelfristige Ergebnisplanung sowie langjährige Erfahrungen stützen. Grundsätzlich erwarten wir weder für 2008 noch für 2009 gravierende Veränderungen gegenüber 2007, dennoch ist naturgemäß jede Aussage über zukünftige Ereignisse mit dem Risiko verbunden, dass die tatsächliche Entwicklung anders verläuft.

Neben der weiter andauernden konjunkturellen Erholung erwarten wir, dass unsere Vertriebsstrukturprojekte im Bereich Privat- und Firmenkunden dazu führen, dass unser Kundengeschäft 2008 und 2009 weiter wächst. Dies wird sich auch in einer entsprechenden Ausweitung unserer Bilanzsumme zeigen.

Das Wachstum im Kreditgeschäft werden wir unter Risikogesichtspunkten streng kontrollieren, um die positive Entwicklung des Bewertungsergebnisses weiter zu gewährleisten.

Unter Berücksichtigung unseres weiterhin vom Kundengeschäft getragenen Wachstums, planen wir im Bereich der Eigenanlagen lediglich eine Prolongation auslaufender Positionen, zumal wir in 2007 den Bestand an Rentenpositionen als Reaktion auf die aktuelle Zinsentwicklung reduziert haben.

Unsere attraktiven Produktgestaltungen im Passivbereich haben bereits in den letzten Jahren dazu geführt, dass wir unsere Kundeneinlagen deutlicher als im Branchentrend ausweiten konnten. Auch in den nächsten Jahren erwarten wir eine Fortsetzung dieser Tendenz.

Das geplante Wachstum im Kundengeschäft wird sich positiv auf den Zinsüberschuss auswirken. Die Zinsstrukturkurve, die die Zinsmarge auf der Passivseite belastet, wird dazu führen, dass sich das Volumenwachstum dort jedoch nur begrenzt niederschlägt. Aus unserem Pfandbriefprojekt erwarten wir ab 2009 ebenfalls einen positiven Einfluss auf unseren Zinsüberschuss.

Auch beim Provisionsüberschuss sehen wir in den nächsten Jahren ein weiteres Wachstum, da unsere Projekte »Neue Vertriebsstruktur Privatkunden« und »Neue Vertriebsstruktur Firmenkunden« in die Ergebnisphase eingetreten sein werden und für neue Akzente im Dienstleistungsgeschäft sorgen.

Nachdem im Jahr 2008 der Verwaltungsaufwand durch die bevorstehende Migration von Teilen unserer IT-Architektur auf die Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG steigen wird, sind wir zuversichtlich, dass wir bereits ab 2009 entsprechende Einsparungspotenziale sowohl im Personal- als auch im Sachaufwand realisieren werden. Zudem wird ab 2008 das System zur Personal- und Sachkostensteuerung dazu beitragen, dass wir die Effizienz unserer Kostenkontrolle weiter erhöhen.

Die Cost-Income-Ratio wird 2009 bei rund 74 % liegen.

Das Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft wird sich nach unserer Einschätzung in den nächsten Jahren deutlich verbessern. Die Sparkasse Bremen achtet bei ihren Direktanlagen grundsätzlich auf eine ausgewogene Risikostruktur, so dass weder ein Engagement in verbrieften Hypothekendarlehen bonitätsschwacher Privatpersonen (sogenannte Subprime-Hypothekendarlehen) noch in sonstigen Asset Backed Securities erfolgt ist. In unseren Spezialfonds sind keine US-Subprime-Risiken vorhanden. Beim Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft gehen wir von Werten auf Vorjahresniveau aus.

Insgesamt werden die vorgenannten Entwicklungen dazu führen, dass das Jahresergebnis moderat, aber durchaus erfreulich wächst. Auch die Eigenkapitalrentabilität wird demzufolge in den Folgejahren steigen.

SCHLUSSERKLÄRUNG

Gemäß § 312 AktG haben wir über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen einen Bericht erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung ab: »Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr 2007 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unternehmen oder bei jedem Rechtsgeschäft auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.

Bremen, im März 2008

Der Vorstand

DIE SPARKASSE BREMEN AG

JAHRESABSCHLUSS

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2007

AKTIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			95.266.039,31		76.345
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			161.235.261,43		203.355
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	*161.235.261,43*				*203.355*
				256.501.300,74	**279.700**
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			–,–		–
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	*–,–*				–
b) Wechsel			–,–		–
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	*–,–*				–
				–,–	**–**
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			204.896.239,39		269.263
b) andere Forderungen			1.750.608.258,93		857.934
				1.955.504.498,32	**1.127.197**
4. Forderungen an Kunden				**7.316.974.736,38**	**7.335.378**
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	*2.424.073.912,67*				*2.489.008*
Kommunalkredite	*176.647.075,24*				*280.511*
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		–,–			–
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	*–,–*				–
ab) von anderen Emittenten		172.181.990,45	172.181.990,45		45.459
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	*172.181.990,45*				–
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		50.596.424,23			196.450
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	*50.596.424,23*				*196.450*
bb) von anderen Emittenten		515.335.933,00	565.932.357,23		359.736
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	*462.969.784,90*				*336.669*
c) eigene Schuldverschreibungen			15.508.933,55		18.405
Nennbetrag	*15.501.981,06*				*18.222*
				753.623.281,23	**620.050**
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				**589.384.151,71**	**1.242.585**
7. Beteiligungen				**118.904.986,59**	**74.935**
darunter:					
an Kreditinstituten	*11.943.964,79*				*11.944*
an Finanzdienstleistungsinstituten	*–,–*				–
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				**107.020.019,47**	**107.807**
darunter:					
an Kreditinstituten	*13.024.405,30*				*13.221*
an Finanzdienstleistungsinstituten	*–,–*				–
9. Treuhandvermögen				**19.717.759,24**	**19.513**
darunter:					
Treuhandkredite	*18.842.683,18*				*18.606*
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				**–,–**	**–**
11. Immaterielle Anlagewerte				**8.302.079,49**	**8.071**
12. Sachanlagen				**112.017.626,33**	**117.989**
13. Sonstige Vermögensgegenstände				**41.644.593,51**	**33.792**
14. Rechnungsabgrenzungsposten				**2.690.066,83**	**3.027**
Summe der Aktiva				**11.282.285.099,84**	**10.970.044**

PASSIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			45.932.776,57		76.772
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			2.878.472.384,53		2.928.166
				2.924.405.161,10	**3.004.938**
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		2.837.511.548,35			3.384.089
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		836.664.204,96	3.674.175.753,31		414.307
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.168.232.446,20			1.844.570
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.051.923.367,52	3.220.155.813,72		885.460
				6.894.331.567,03	**6.528.426**
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			292.931.020,55		267.179
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten			–,–		–
darunter:					
Geldmarktpapiere	–,–				–
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	–,–				–
				292.931.020,55	**267.179**
4. Treuhandverbindlichkeiten				**19.717.759,24**	**19.513**
darunter:					
Treuhandkredite	*18.842.683,18*				*18.606*
5. Sonstige Verbindlichkeiten				**44.378.096,03**	**33.808**
6. Rechnungsabgrenzungsposten				**8.080.925,07**	**10.891**
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			241.557.677,00		240.742
b) Steuerrückstellungen			3.695.942,00		3.324
c) andere Rückstellungen			32.360.955,19		29.298
				277.614.574,19	**273.364**
8. Sonderposten mit Rücklageanteil				**–,–**	**–**
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				**148.664.990,74**	**169.708**
10. Genussrechtskapital				**147.225.837,62**	**147.226**
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	*10.225.837,62*				–
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital		370.000.000,00			370.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter		53.000.000,00	423.000.000,00		53.000
b) Kapitalrücklage			47.041.959,68		47.042
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		–,–			–
cb) Rücklage für eigene Anteile		–,–			–
cc) satzungsmäßige Rücklagen		–,–			–
cd) andere Gewinnrücklagen		44.393.693,03	44.393.693,03		29.835
d) Bilanzgewinn			10.499.515,56		15.114
				524.935.168,27	**514.991**
Summe der Passiva				**11.282.285.099,84**	**10.970.044**
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–,–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			434.328.540,31		373.336
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			–,–		–
				434.328.540,31	**373.336**
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–,–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–,–		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			401.227.750,52		218.802
				401.227.750,52	**218.802**

GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2007

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		460.471.397,57			428.712
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		30.270.860,97	490.742.258,54		15.914
2. Zinsaufwendungen			343.902.411,22		295.517
				+146.839.847,32	**+149.109**
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			47.965.943,31		59.572
b) Beteiligungen			4.050.687,11		4.126
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			6.382.647,28		2.425
				58.399.277,70	**66.123**
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				**3.110.639,96**	**5.757**
5. Provisionserträge			64.672.960,59		61.610
6. Provisionsaufwendungen			5.579.930,08		5.847
				+59.093.030,51	**+55.763**
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften				**+3.641.391,85**	**+1.334**
8. Sonstige betriebliche Erträge				**24.350.123,48**	**25.743**
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				**–,–**	**–**
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		75.845.952,52			76.842
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		30.558.190,56	106.404.143,08		42.451
darunter: für Altersversorgung	*18.305.930,37*				*29.332*
b) andere Verwaltungsaufwendungen			94.760.203,59		83.970
				201.164.346,67	**203.263**
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				**10.918.725,42**	**11.116**
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				**5.952.369,80**	**8.452**
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			37.841.999,01		68.215
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			–,–		–
				-37.841.999,01	**-68.215**
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			27.472.446,65		–
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			–,–		2.115
				-27.472.446,65	**+2.115**
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				**757.104,08**	**402**
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				–,–	–
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				**+11.327.319,19**	**+14.496**
20. Außerordentliche Erträge			–,–		–
21. Außerordentliche Aufwendungen			–,–		–
22. Außerordentliches Ergebnis				**–,–**	**–**
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			279.953,30		-1.176
24. Sonstige Steuern			547.850,33		558
				827.803,63	**-618**
25. Jahresüberschuss				**10.499.515,56**	**15.114**
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				**–,–**	**–**
27. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				**–,–**	**–**
28. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			–,–		–
b) aus der Rücklage für eigene Aktien			–,–		–
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			–,–		–
d) aus anderen Gewinnrücklagen			–,–	**–,–**	–
29. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			–,–		–
b) in die Rücklage für eigene Aktien			–,–		–
c) in satzungsmäßige Rücklagen			–,–		–
d) in andere Gewinnrücklagen			–,–	**–,–**	–
30. Bilanzgewinn				**10.499.515,56**	**15.114**

ANHANG

I. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Unseren Jahresabschluss haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und unserer Satzung aufgestellt. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gemäß § 340 i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Fristengliederung erfolgt nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV für bestimmte Posten und Unterposten der Bilanz im Anhang. Auf die Aufteilung der anteiligen Zinsen auf die verschiedenen Restlaufzeiten wurde gemäß Wahlrecht in § 11 RechKredV verzichtet.

FORDERUNGEN AN KUNDEN UND KREDITINSTITUTE

Die Bilanzierung erfolgte zum Nennwert. Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet. Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

WERTPAPIERE

Die Wertpapiere des Anlagevermögens, die nach eingehender Prüfung der Sparkasse, nicht der dauernden Wertminderung unterliegen, wurden erstmals gemäß gesetzlichem Wahlrecht teilweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Dieses gilt für Wertpapiere, deren Marktwert zum Abschlussstichtag unter dem Buchwert lag und deren Rückzahlung zum Nennwert vereinbart ist. Alle weiteren Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bzw., wenn besondere Umstände vorlagen, zu niedrigeren Werten angesetzt. Das Wertaufholungsgebot wurde dabei berücksichtigt.

SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Diese wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um lineare bzw. degressive Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Vermögensgegenstände wurden aus Vereinfachungsgründen im Jahre des Zugangs voll abgeschrieben.

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Wertminderungen bzw. erkennbare Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt.

VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Etwaige Disagien wurden aktiviert und Agien passiviert. Sie wurden entsprechend der Laufzeiten abgegrenzt.

RÜCKSTELLUNGEN

Allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen.

Die Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach aktualisierten Grundlagen (Heubeck-Richttafeln 2005 G) und versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem steuerrechtlich zulässigen Zinssatz ermittelt.

Der aus dem Übergang auf die neuen Richttafeln resultierende Auflösungsbetrag wird sowohl handels- als auch steuerrechtlich gleichmäßig auf drei Jahre verteilt, beginnend mit dem Jahr 2005. Insgesamt ergibt sich in diesem Jahr ein Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen.

WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Umrechnung der auf Fremdwährung lautenden Aktiv- und Passivposten sowie der schwebenden Geschäfte erfolgte mit den Referenzkursen der EZB bzw. Terminkursen zum Jahresende.

Die bei Umrechnung von einfach gedeckten Geschäften ermittelten positiven Umrechnungsdifferenzen wurden als Erträge in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt, soweit sie einen nur vorübergehend wirksamen Aufwand aus den zur Deckung dienenden Geschäften ausgleichen. Verbleibende Bewertungsgewinne wurden nicht vereinnahmt.

Eine Bewertung nach der »besonderen Deckung« wurde nicht in Anspruch genommen.

Fremdwährungsoptionen, die dieselbe Währung betreffen, wurden von der Sparkasse im Rahmen von Handelsaktivitäten und der Risikosteuerung zusammengefasst. Bewertungsgewinne wurden bis zur Höhe der ihnen gegenüberstehenden Bewertungsverluste erfolgswirksam verrechnet. Dabei wurde der beizulegende Wert anhand eines Optionspreismodells berechnet. Verbleibende Gewinne wurden nicht vereinnahmt. Die Bewertung erfolgt nach den Vorschriften des § 340 h HGB und in Übereinstimmung mit dem Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer.

DERIVATE

Derivative Finanzinstrumente (Optionen und Termingeschäfte) wurden nach den Grundsätzen des Imparitätsprinzips und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Aus diesem Grund wurde insoweit keine Bewertung vorgenommen. Schwebende Devisentermingeschäfte, schwebende Devisenoptionsgeschäfte und Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurden nach der Stellungnahme BFA 2/1995 bilanziert. Strukturierte Produkte wurden nach IDW RH BFA 1.003 und IDW RS BFA 1 behandelt.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ (SOWEIT NICHT ANDERS ANGEGEBEN, WERTE IN TAUSEND €)

AKTIVSEITE

zu 3. Forderungen an Kreditinstitute

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute – Unterposten b) – beinhalten Forderungen mit Restlaufzeiten von		
– bis drei Monate	538.257	
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	905.157	
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	245.871	
– mehr als fünf Jahre	165	
Im Posten 3 sind enthalten:		
– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 1.986)		1.049
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 44.156)		173
– Forderungen an die eigene Girozentrale		70.530
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: –)		–

zu 4. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten Forderungen		
– mit unbestimmter Laufzeit	329.191	
sowie Forderungen mit Restlaufzeiten von		
– bis drei Monate	922.870	
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	439.182	
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.005.500	
– mehr als fünf Jahre	3.612.237	
Im Posten 4 sind enthalten:		
– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 35.123)		35.953
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 393.797)		376.385
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: 32.561)		31.608
– darunter an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 1.526)	1.608	
– darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 1.034)	–	

zu 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im folgenden Jahr fällig	232.821	
Im Posten 5 sind enthalten:		
– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere		725.391
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere		28.232
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 413.828)		737.496
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)		562.343
– Zeitwert dieser Wertpapiere (festverzinsliche Wertpapiere)		556.034
– eigene Schuldverschreibungen (5 c) mit Nachrangabrede (Vorjahr: 737)		328

zu 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten 6 sind enthalten:	
– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	5.000
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	5.682
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 1.236.884)	578.702
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)	–
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–
– Spezialfondsanteile	568.560

Die Anteilscheine der Spezialfonds sind nach § 92 InvG nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragbar. Die Gesellschaften schütten grundsätzlich die per Fondsgeschäftsjahresende für Rechnung der Sondervermögen angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und Dividenden aus, wobei Zwischenausschüttungen vorgenommen werden. Die zur Ausschüttung verfügbaren realisierten Kursgewinne per Fondsgeschäftsjahresende werden von den Gesellschaften überwiegend thesauriert.

zu 7. Beteiligungen

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	23
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	–

zu 8. Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Posten 8 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

zu 9. Treuhandvermögen

Bei den Treuhandvermögen handelt es sich um:

– Forderungen an Kunden	18.843
– Sonstige Vermögensgegenstände	875

zu 11. und 12. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:

	immaterielle Anlagewerte	**Sachanlagen**
Anschaffungskosten am Jahresanfang	30.769	263.160
Zugänge	2.596	3.078
Abgänge	1.174	2.520
kumulierte Abschreibungen	23.889	151.700
Bilanzwerte am Jahresende	8.302	112.018
Abschreibungen im Geschäftsjahr	2.143	8.776

Im Posten 12 Sachanlagen sind enthalten:

– im Rahmen der Sparkassentätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	67.486
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.178

zu 13. Sonstige Vermögensgegenstände

Im Posten 13 sind enthalten:

– Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens (Vorjahr: 77)	79

Bemerkenswerte Einzelposten:

– Steuererstattungsansprüche	10.551
– Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	9.932
– nachrangige Vermögensgegenstände (Stille Beteiligungen)	10.000

zu 14. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 14 sind enthalten:

– Disagien aus Verbindlichkeiten (Vorjahr: 1.229)	1.123
– Agien aus Forderungen (Vorjahr: 4)	–

_PASSIVSEITE

zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von		
– bis drei Monate	129.365	
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	488.496	
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.374.251	
– mehr als fünf Jahre	815.760	
Im Posten 1 sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 307)		7.396
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 37.487)		6.342
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale		40.874

Für in diesem Posten enthaltene Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände von 713,9 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – Unterposten a) ab) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von		
– bis drei Monate	236.307	
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	483.075	
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	114.118	
– mehr als fünf Jahre	3.164	
Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) bb) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von		
– bis drei Monate	420.023	
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	60.618	
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	172.647	
– mehr als fünf Jahre	374.097	
Im Posten 2 sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 40.429)		44.341
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 40.021)		63.307

zu 3. Verbriefte Verbindlichkeiten

Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im folgenden Jahr fällig	57.514	
Im Posten 3 sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 1.010)		332
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 15.815)		15.815

zu 4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:	
– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.701
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.017

zu 5. Sonstige Verbindlichkeiten

Bemerkenswerte Einzelposten:	
– von unseren Kunden einbehaltene Zinsabschlagsteuer	21.195
– Rückzahlungsverpflichtungen aus geschlossenen Immobilienfonds	4.305
– Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.864

Für in diesem Posten enthaltene Margin-Verpflichtungen aus EUREX-Geschäften sind Wertpapiere über 5,0 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 6. Rechnungsabgrenzungsposten	
Im Posten 6 sind Agien und Disagien aus Forderungen enthalten (Vorjahr: 10.546):	7.863
zu 9. Nachrangige Verbindlichkeiten	
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 254)	–
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 668)	668
Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind in 2007 Zinsaufwendungen in folgender Höhe angefallen:	7.742
Der Bestand betrifft auf Deutsche Mark und Euro lautende Inhaber- und Namensschuldverschreibungen mit fester Verzinsung und Fälligkeiten von 2008 bis 2019. Eine vorzeitige Rückzahlung sowie eine Umwandlung in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vorgesehen.	
zu 10. Genussrechtskapital	
Der Bestand betrifft 15 Namensgenussscheine. Im Geschäftsjahr 2007 wurden keine neuen Namensgenussscheine ausgegeben.	
zu 11. Eigenkapital	
Das Grundkapital beträgt 370,0 Mio. € und teilt sich auf 370.000 nennwertlose Stückaktien auf. Die Aktien werden vollständig von der Finanzholding der Sparkasse in Bremen gehalten. Zum gezeichneten Kapital gehören eine Stille Einlage in Höhe von 13,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 3 Jahren und eine Stille Einlage in Höhe von 40,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 9 Jahren. Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 23. 05. 2007 wurden 14,6 Mio. € aus dem Bilanzgewinn des Jahres 2006 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt. Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, vom Bilanzgewinn 2007 von insgesamt 10,5 Mio. € 10,1 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen und 0,4 Mio. € an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen auszuschütten.	
zu Eventualverbindlichkeiten (Nr. 1 unter dem Strich)	
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind enthalten:	
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 42)	42
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 3.166)	1.833

III. SONSTIGE ANGABEN ZUR BILANZ

FREMDWÄHRUNGSAKTIVA UND -PASSIVA

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 166,1 Mio. € respektive 156,4 Mio. €.

ECHTE PENSIONSGESCHÄFTE

Zum Abschlussstichtag waren keine Vermögensgegenstände in Pension gegeben.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Lizenz- und Wartungsverträgen von derzeit p.a. 9,2 Mio. €.

Im Beteiligungsbereich bestehen nicht passivierte Einzahlungs- bzw. Nachschussverpflichtungen von derzeit 19,6 Mio. €. Aus der aufgrund nicht mehr mehrheitlicher Beteiligung am Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, Bremen, am 06.04.2000 widerrufenen Erklärung gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Köln, ist die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, verpflichtet, diesen von Verlusten aus bis dahin angelegten Maßnahmen gemäß § 2 Abs. 2 des Statuts des Einlagensicherungsfonds freizustellen.

Gemäß besonderen Erklärungen sind die von der Sparkasse für fünf Objektfinanzierungen bei Grundstückskommanditgesellschaften eingesetzten Komplementäre aus der persönlichen Haftung für Verbindlichkeiten dieser gegenüber der Sparkasse freizustellen.

Im Zusammenhang mit der Auslagerung von Tätigkeiten hat sich die Sparkasse für einen befristeten Zeitraum verpflichtet, einigen Tochtergesellschaften zu ermöglichen, etwaige Ausgleichzahlungen im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen, wie sie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen wären. Dieses gilt solange, wie die Sparkasse Mehrheitsgesellschafterin der jeweiligen Tochtergesellschaft ist.

ANHANGANGABEN GEMÄSS §160 ABS. 1 NR. 8 AKTG

Nachfolgende Bekanntmachung wurde der AG mitgeteilt: »Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Am Brill 1–3 in 28195 Bremen, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr 100 % der Aktien an unserer Gesellschaft gehören.«

TERMINGESCHÄFTE

Der wesentliche Teil der am Abschlussstichtag bestehenden zinsbezogenen Geschäfte (Zinsswaps) wurde zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Handelsgeschäfte mit Kunden, die nahezu vollständig kursgesichert wurden. Daneben bestanden im Rahmen einer strukturierten Anleihe Kündigungsrechte des Emittenten.

Restlaufzeit	bis 1 Jahr Mio.€	über 1 Jahr bis 5 Jahre Mio.€	über 5 Jahre Mio.€	Gesamt Mio.€	Zeitwerte Mio.€	Buchwerte Mio.€	Bilanzposten
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	1.022,3	1.232,4	1.161,4	3.416,1	-4,8	1,8 / 1,8	A13 / P5
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	615,3	24,9	–	640,2	-0,7	0,7 / 0,8	A13 / P5
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–
Geschäfte mit sonstigen Risiken							
OTC-Produkte	–	25,4	–	25,4	0	–	–
Börsengeschäfte	–	–	4,4	4,4	4,2	4,3	A5
Gesamt				**4.086,1**			

Zinsswaps

Der Zeitwert ergibt sich aus der Saldierung der mit Hilfe der Zerobond-Renditen berechneten Barwerte der cash-flows der beiden Swapseiten. Die cash-flows der variablen Seite werden mittels impliziter Forward Rates berechnet.

Caps / Floors

Mit Hilfe des modifizierten Black-Modells wird der Zeitwert als Summe der mit den Zerobond-Renditen abgezinsten theoretischen Preise jedes einzelnen Caplets auf den Bewertungszeitpunkt berechnet.

Devisentermingeschäfte

Der Zeitwert ergibt sich aus dem aktuellen Terminkurs (Kassakurs zum Bilanzstichtag +/- Swapsatz für die Restlaufzeit per Bilanzstichtag).

Devisenoptionen

Der Zeitwert wird nach dem Garmann-Kohlhagen-Modell berechnet.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

zu 1.a) Zinserträge

In diesem Posten sind mit rd. 5 % periodenfremde Erträge enthalten, die im Wesentlichen aus Steuerungsmaßnahmen des Zinsbuches resultieren.

zu 5. Provisionserträge

Im Rahmen unseres Allfinanz-Angebotes haben wir aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen, Bausparprodukten und Investmentfonds-Anteilen Provisionserträge erhalten.

zu 8. Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind u. a. 10,3 Mio. € Verwaltungskostenerstattungen durch Tochterunternehmen, 2,9 Mio. € ordentliche Grundstücks- und Gebäudeerträge und 2,1 Mio. € andere Gebühren aus dem Darlehensgeschäft enthalten.

V. SONSTIGE ANGABEN

ANTEILSBESITZ

Anteilsbesitz ab mind. 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist.	Anteil am Kapital Ende 2007 in %	Eigenkapital 2006 in T€	Ergebnis 2006 in T€ [3]
Name und Sitz der Gesellschaft			
nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	71.500 [2]	0 [1]
BREBAU GmbH, Bremen	48,8	57.455	3.186
Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, Bremen	49,0	13.442	660
nwb nordwest Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	15.019 [2]	4.657 [2]
nwu nordwest Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	7.000 [2]	0 [1]
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0	5.210	360
nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, Bremen	100,0	1.000 [2]	0 [1]
nwd nordwest-data Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	385 [2]	0 [1]
nwm nordwest-media Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	100 [2]	0 [1]
KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH, Bremen	100,0	51 [2]	0 [1]
S-Consult Hanseatische Unternehmensberatung-GmbH, Bremen	100,0	51 [2]	0 [1]
Bremer Schoss Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Bremen	100,0	42 [2]	0 [1]
nws nordwest-service & catering Gesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	25 [2]	0 [1]

Anmerkungen:

[1] Mit diesen Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge

[2] Eigenkapital und Ergebnis 2007

[3] Ausgewiesener Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der betreffenden Unternehmung

Beteiligungen der Sparkasse Bremen AG an großen Kapitalgesellschaften sowie an Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten.	Anteil am Kapital in %
Name und Sitz der Gesellschaft	
Bankhaus Carl F. Plump & Co. GmbH & Co. KG, Bremen	49,0
BREBAU GmbH, Bremen	48,8
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0
Bürgschaftsbank Bremen GmbH, Bremen	11,1
Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	11,0
neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	6,1

Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, einbezogen wird.

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender	Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG
Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender	Geschäftsführender Gesellschafter der HASECO ZÖGER GmbH & Co. KG
Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt	Geschäftsführender Gesellschafter der BIRKIGT INT'L CONSULTING & Media GmbH
Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann	Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft
Alexander Künzel	Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung
Otto Lamotte	Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE OILS GmbH
Heiko Oerter	Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG
Hans-Joachim Schur	Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG
Volker Stange	Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die den Aufsichtsratsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum Bilanzstichtag mit 1,5 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2007 für Ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat und in den Ausschüssen des Aufsichtsrates 0,2 Mio. € vergütet.

VORSTAND

Jürgen Oltmann	Vorsitzender des Vorstandes
Dr. rer. nat. Tim Nesemann	stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes (ab 07.12.2007)
Klaus Schöniger	
Dr. rer. pol. Heiko Staroßom	

Die den Vorstandsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum Bilanzstichtag mit 1,6 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Vorstandes wurden 1,9 Mio. € vergütet, davon 1,4 Mio. € fixe Bezüge und 0,5 Mio. € variable Bezüge.
An ehemalige Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden 0,9 Mio. € gezahlt; für diesen Personenkreis bestehen Pensionsrückstellungen von 10,0 Mio. €.

MANDATE

In gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften beziehungsweise in Aufsichtsgremien von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen nahmen folgende gesetzliche Vertreter oder andere Mitarbeiter der Sparkasse Mandate wahr:

JÜRGEN OLTMANN

BREBAU GmbH	AR, stv. Vorsitzender
BREMER LAGERHAUS GESELLSCHAFT -Aktiengesellschaft von 1877-	AR
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co.	AR, stv. Vorsitzender (ab 01.01.2007)
Freie Internationale Sparkasse S.A.	VR, Vorsitzender
neue leben Holding AG	AR
neue leben Pensionskasse AG	AR
neue leben Pensionsverwaltung AG	AR
NRS Norddeutsche Retail-Service AG	AR, stv. Vorsitzender (bis 30.06.2007)
	AR (ab 01.07.2007)

DR. TIM NESEMANN		
Bürgschaftsbank Bremen GmbH	VR, stv. Vorsitzender	(bis 23.05.2007)
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen	AR	
Wincor Nixdorf Portavis GmbH	AR	(ab 08.01.2007)
KLAUS SCHÖNIGER		
Freie Internationale Sparkasse S.A.	VR	
LBS Landesbausparkasse Bremen AG	AR, stv. Vorsitzender	
Öffentliche Versicherung Bremen	AR, stv. Mitglied	
S Broker AG & Co. KG	AR	
DR. HEIKO STAROßOM		
LBS Landesbausparkasse Bremen AG	AR	(bis 27.03.2007)
nordwest-leasing GmbH	AR	
Öffentliche Versicherung Bremen	AR	
RALF PASLACK		
ErSol Solar Energy AG	AR	
HORST BRÜNING		
LBS Landesbausparkasse Bremen AG	AR	(ab 28.03.2007)

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:	
Vollzeitkräfte	1.040 [1]
Teilzeit- und Ultimokräfte	455 [1]
	1.495
Auszubildende	71
Insgesamt	**1.566**
[1] davon gewerbliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	
– Vollzeitkräfte	3
– Teilzeit- und Ultimokräfte	75

Bremen, 13. Februar 2008

Die Sparkasse Bremen AG
Der Vorstand

Oltmann Dr. Nesemann Schöniger Dr. Staroßom

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 9. April 2008

Prüfungsstelle des

HANSEATISCHEN SPARKASSEN- UND GIROVERBANDES

Bolte
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, den Vorstand zu beraten und seine Geschäftsführung zu überwachen, wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und Geschäftspolitik sowie über die Geschäftsentwicklung und Lage der Die Sparkasse Bremen AG unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat sich daher von der stets ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugt. Er traf die ihm obliegenden Entscheidungen in turnusmäßigen Sitzungen oder im schriftlichen Verfahren. Zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dem Vorsitzenden des Vorstandes fanden regelmäßig Besprechungen statt, in denen der Vorsitzende des Aufsichtsrates über die aktuelle Entwicklung des operativen Geschäftes informiert wurde und strategische Überlegungen diskutiert wurden.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer.

Der Aufsichtsrat trat 2007 zu sieben Sitzungen zusammen. Darüber hinaus wurde er zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember durch den Vorstand zeitnah und umfassend mittels Quartalsberichten über die Erfolgs- und Risikoentwicklung informiert. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat dauerhaft einen Präsidialausschuss und einen Kreditausschuss eingerichtet. Er hat sich regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse von deren Ausschussvorsitzenden berichten lassen.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtsjahr fünfmal. Er behandelte in seiner turnusmäßigen Bilanzsitzung zur Vorbereitung der Sitzung des Aufsichtsrates insbesondere den Prüfungsbericht und Jahresabschluss 2006, den Corporate Governance Bericht 2006 einschließlich Entsprechenserklärung nach § 161 AktG sowie den Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2007 und überzeugte sich anhand der Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers davon, dass seinerseits keine Interessenkonflikte bestehen. In den weiteren Sitzungen behandelte er neben aktuellen Fragen zu grundlegenden geschäftspolitischen Themen insbesondere Angelegenheiten des Vorstandes und der Gremien.

Der Kreditausschuss trat 2007 zu fünf Sitzungen zusammen. Darüber hinaus fasste er im Bedarfsfall Beschlüsse im fernmündlichen und/oder schriftlichen Verfahren. Neben den ihm zur Genehmigung vorgetragenen Kreditentscheidungen nahm er die Kreditrisikostrategie der Sparkasse Bremen und die regelmäßigen Kreditrisikoberichte zur Kenntnis.

Die Vorschriften des Corporate Governance Kodex wurden beachtet, soweit nicht Vorstand und Aufsichtsrat im Einzelnen Abweichungen beschlossen und in der Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offen gelegt haben. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 20. November 2007 eingehend mit den aus der Neufassung des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 14. Juni 2007 resultierenden Änderungen.

Nachdem der amtierende Vorstandsvorsitzende Jürgen Oltmann für Anfang 2009 seinen Abschied aus dem aktiven Berufsleben angekündigt hatte, wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates am 7. Dezember 2007 eine wichtige personelle Weichenstellung beraten, um das Unternehmen zukunftssicher fortzuführen und weiterzuentwickeln. Mit sofortiger Wirkung berief der Aufsichtsrat einstimmig Herrn Dr. Tim Nesemann zum stellvertretenden Vorsitzenden und ab 1. Februar 2009 zum Vorsitzenden des Vorstandes.

Die von der Hauptversammlung am 23. Mai 2007 zum Abschlussprüfer gewählte Prüfungsstelle des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes, Hamburg, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Bericht des Abschlussprüfers wurde dem zuständigen Präsidialausschuss zur Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung ausgehändigt, in der der Jahresabschluss behandelt wird. Der Abschlussprüfer hat an den Sitzungen des Präsidialausschusses am 9. April 2008 und des Aufsichtsrates am 15. April 2008 teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis seiner Prüfung entspricht vollständig dem Ergebnis der Abschlussprüfung. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 in seiner Sitzung am 15. April 2008 gebilligt und damit festgestellt. Ferner stimmte er dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns zu.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2007 vorgelegten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und den dazu erstatteten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft.

Der Bericht des Abschlussprüfers enthält hierzu folgenden Bestätigungsvermerk:

»Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
- bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, nicht unangemessen hoch war.«

Beide Prüfungen haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat bestehen keine Einwendungen gegen die Schlusserklärung des Vorstandes zum Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren tatkräftigen Einsatz im Jahr 2007. Sein Dank gilt den Kundinnen und Kunden der Sparkasse für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bremen, 15. April 2008

Der Aufsichtsrat

Gerhard Harder
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Die Sparkasse Bremen AG
Am Brill 1–3 | 28195 Bremen
Postfach 107880 | 28078 Bremen
Telefon (0421) 179 0
www.sparkasse-bremen.de | mail@sparkasse-bremen.de